

2010-06-24

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 12.05.2010

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:31 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 41**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Glathe, Otto
Pohl, Hans-Werner
von der Heydt, Jörn

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie

Fraktion der SPD

Laue, Harald
Müller, Angela Unentschuldigt

Fraktion der FDP

Maloszyk, Rainer

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen Unentschuldigt

Mitglied CDU

Lohde, Jacqueline Unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung des Gremiums und stellte dessen ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung sprach **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, dem Einreicher die Empfehlung aus, seine **Vorlage BV 184 von der Tagesordnung zu nehmen**. Er bezeichnete diese vom sprachlichen Ausdruck her als eine Zumutung und inhaltlich substanzlos. Er könne nicht nachvollziehen, warum das zuständige Dezernat diese für die Öffentlichkeit zulassen kann.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler wies darauf hin, dass es sich bei der Vorlage um einen Ergänzungsantrag des Jugendhilfeausschussvorsitzenden handelt. Da der Jugendhilfeausschuss ein beschließender Ausschuss ist, sei er gehalten, diesen Antrag im Stadtrat vorzulegen. Unabhängig davon stehe er auch zum Inhalt dieses Antrages.

Um eine Änderung in der Reihenfolge der Beratung und Beschlussfassung bat **Herr Weber, CDU-Fraktion**. So sollte die Vorlage zu TOP 7.3 vorgezogen und alle anderen Vorlagen danach behandelt werden. Als Begründung führte er an, dass die Teilnahme am Programm STARK II wesentlich sei und uns in den nächsten Jahren in allen Beschlussfassungen zu finanziellen Fragen stark binden wird.

Der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** stellte fest, die Formulierung des Anliegens von Herrn Tonndorf war als eine Empfehlung an den Einreicher zu verstehen, seine Vorlage zurück zu nehmen, aber kein Antrag an das Gremium zur Absetzung des Tagesordnungspunktes. Hierzu machte Herr Tonndorf deutlich, dass er den Antrag auf Absetzung stelle.

Die Änderungsanträge wurden zur Abstimmung gestellt:

- Antrag auf Absetzung des TOP 7.16 16:16:04 Antrag abgelehnt.
- Antrag auf Vorziehen des **TOP 7.3 vor 7.1** 21:01:14 **Antrag angenommen.**

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

(Anmerkung: Die Niederschrift wurde in der Reihenfolge der ausgereichten Tagesordnung gefertigt)

3. Genehmigung der Niederschrift vom 24. März 2010

Zur Niederschrift vom 24.03.2010 wurden folgende Hinweise gegeben:

- Richtigstellung der Fraktionszuordnung von Herrn Dr. Weber auf S. 31, letzter Absatz: Änderung in Fraktion Bürgerliste/Die Grünen;
- S. 18, Absatz 5, Verdeutlichung der Aussage von Frau Nußbeck zur Höhe des Kas senkredits;
- S. 20, Korrektur des Abstimmungsergebnisses zu TOP 7.7: neu: 45:00:01

Die Hinweise werden berücksichtigt und Änderungen in der Niederschrift vorgenommen.

Die Niederschrift wurde mit 4 Enthaltungen genehmigt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig begann seinen Bericht mit dem Hinweis auf den Höhepunkt im Berichtszeitraum, die Eröffnung der **Internationalen Bauausstellung „Stadtumbau 2010“**. Diese war am 8. April in Magdeburg, welche mit einer großen Präsenz von Gästen stattfand. Am darauf folgenden Freitag fand dann im Bauhaus die Eröffnung der Präsentation der IBA für alle 19 Teilnehmerstädte statt. Am 10. April haben wir zu einem offiziellen Festakt zur Stadtpräsentation „Urbane Kerne und landschaftliche Zonen“ eingeladen. Auch hier folgten viele Gäste unserer Einladung. Unsere Stadtpräsentation ist im Hauptbahnhof Dessau auf einer über 250 m² großen Ausstellungsfläche bis zum 15. Oktober 2010 zu sehen.

Als Reisebegleiter wurde ein Audioguide erstellt, der die Besucher der IBA am Roten Faden entlang führt und die einzelnen Stationen erläutert. Im Rahmen einer eigenen Veranstaltung am 11. April wurde der Rote Faden öffentlich präsentiert und mit einer großen Fahrradtour eingeweiht.

Zum **Stadtleitbild**: Die Ausschüsse für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, für Gesundheit und Soziales, Kultur, Bildung und Sport sowie der Jugendhilfeausschuss haben in ihrer öffentlichen Sondersitzung am 18. März 2010 den Entwurf des Stadtleitbildes in der Fassung vom 8. März gebilligt und der Information der Öffentlichkeit im Rahmen der Internationalen Bauausstellung zugestimmt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand seitdem an verschiedenen Orten statt und endete mit dem gestrigen Tag.

Wie bereits berichtet, befindet man sich in den Vorbereitungen zum Jubiläum **„800 Jahre Anhalt“**. Dem Stadtrat wurde heute das Konzept mit einigen Erläuterungen ausgereicht. Es wurde am 29. April gemeinsam mit dem Präsidenten der Hochschule Anhalt, Prof. Orzessek und dem Oberbürgermeister der Stadt Köthen, Herrn Zander, an den Vorsitzenden des Kulturausschusses des Landtages Sachsen-Anhalt und an eine Reihe von Landtagsabgeordneten überreicht. Dieses Konzept ist Ergebnis einer konstruktiven Zusammenarbeit des Netzwerkes der anhaltischen Städte, Gemeinde, Institutionen, Vereine, Verbände sowie der Evangelischen Landeskirche Anhalts.

Es wurden arbeitsfähige Strukturen gebildet: Eine Lenkungsgruppe mit Vorstand, Referentengruppe, verschiedene lokale Arbeitsgruppen für sachbezogene Arbeit. Die für Dessau-Roßlau hat bereits zweimal getagt.

Das Kuratorium konstituierte sich am 9. April 2010 in Ballenstedt. Als Mitglieder wurden der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Haseloff, der Minister des Innern Hövelmann, der Kultusminister Prof. Olbertz, der LT-Präsident a. D. Prof. Spotka, Bernd Junkers, Eduard Prinz von Anhalt, Staatsministerin Cornelia Pieper, Staatsminister a. D. Michael Naumann sowie Staatssekretär Dr. Christoph Bergner berufen.

Eine Beschlussvorlage für den Gremiendurchlauf zur weiteren Information auch für den Stadtrat ist in Vorbereitung.

Am 3. Mai 2010 konnte die neu gestaltete Sparkassenfiliale in Roßlau eröffnet werden, womit die **Fusion der Filialen der ehemaligen Sparkasse** in Anhalt-Zerbst mit unserer Stadtparkasse Dessau auch sichtbar vollzogen wurde. Dies fand viel Beifall bei der Roßlauer Bevölkerung und beim Ortschaftsrat.

Ebenfalls eine fast überwältigende Resonanz konnte bei der Feier „**5 Jahre Umweltbundesamt in Dessau**“ am 6. Mai verzeichnet werden. Neben Ständen des UBA mit Informationen über seine Arbeit, wo man sich von der Vielfalt der Aufgaben ein Bild machen konnte, haben zahlreiche Mitwirkende aus unserer Stadt mit eigenen Ständen ein sehr buntes Bild abgegeben und vom Miteinander des UBA mit unserer Stadt und der Region gezeugt.

Am 31. März ging das **Jagdjahr** zu Ende. In unserem Stadtgebiet, außer den Bundes- und Landesforsten, wurden 744 Wildschweine und 517 Stück Rehwild zur Strecke gebracht. Im vergangenen Jahr waren es noch über 1000 Wildschweine, was ein Zeichen dafür ist, dass die Drückjagden, die schon seit 2007 durchgeführt werden, langsam Erfolg zeigen. Auch für diesen Herbst sind wieder in Großkühnau und einigen anderen Revieren Drückjagden geplant.

Kulturereignisse:

An dem Wochenende um den 1. Mai herum fand nun schon fast traditionell in der Brauerei der **First Flush „Erste Ernte“** statt. Künstler aus unserer Stadt und inzwischen auch Gastkünstler aus der Umgebung präsentierten ihre aktuellen Werke. Die Eröffnung war gut besucht und auch an den beiden folgenden Tagen nutzten die Dessau-Roßlauer die Gelegenheit, sich ein Bild von der Vielfalt der zeitgenössischen Kunst zu machen.

Leider vor nicht ganz ausverkauftem Haus fand am 10. Mai 2010 im Anhaltischen Theater eine große **Benefiz-Operngala** mit dem Star-Bariton Leo Nucci statt. Der Erlös geht zu Gunsten der Stiftung der Freunde des Anhaltischen Theaters. Ein herzliches Dankeschön richtete Herr Koschig an die Initiatorin, Frau Ursula Riccio, die mit Viva-Verdi und dem Anhaltischen Theater diese Gala organisiert hat.

Am 25. April 2010 war unsere Stadt Gastgeber des **8. Elberadeltages**. Die Tour ging gemeinsam zum Auenhaus, zur Biosphärenreservatsverwaltung, die mit uns gemeinsam Veranstalter war. Dessau-Roßlau ist inzwischen ein internationales Radwanderwege-Kreuz mit zwei internationalen, vier nationalen und zwei lokalen Radwanderwegen geworden.

Sport:

Am Samstag, 17. April 2010 fand in der Anhalt Arena Dessau der **Turn-Länderkampf der Männer** gegen die Nationalmannschaft Polens statt. Dieser war eine unmittelbare Generalprobe einen Tag vor der Abreise der deutschen Turn-Nationalmannschaft zur Europameisterschaft nach Birmingham und ein herausragendes internationales Topereignis. Die deutschen Turner, insbesondere mit ihren Superstars Fabian Hambüchen und Matthias Fahrig (aus Halle/Saale) zeigten Weltklassesport und begeisterten die rund 1.800 Zuschauer.

Vier Tage nach diesem Länderkampf gewann die deutsche Nationalmannschaft in Birmingham erstmals nach über 50 Jahren den Mannschaftseuropameisterschaftstitel. Dessau-Roßlau hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet!

Traditionell fand am ersten Sonntag im Monat Mai (2. Mai 2010) der vom Sportamt der Stadt Dessau-Roßlau initiierte und gemeinsam mit dem 1. Leichtathletik-Club Dessau e.V. und der BARMER organisierte **Walking-Tag** statt. Über 200 Teilnehmer nahmen vom Paul-Greifzu-Stadion aus Strecken über landschaftlich reizvolle Wege im Vorderen Tiergarten zu 5 und 10 km in Angriff.

Die Veranstaltung hat Tradition, sie wurde bereits zum 7. Mal durchgeführt und ist damit der offizielle Start in den Frühling für die Dessau-Roßlauer Walker und Nordic-Walker.

An dieser Stelle sprach Herr Koschig an alle Anwesenden die Einladung zum **12. Internationalen Leichtathletik-Meeting** am 28. Mai im Paul-Greifzu-Stadion Dessau aus. Dieses Meeting wurde mittlerweile eines der bedeutendsten Leichtathletik-Meetings in Deutschland.

Allgemeine Informationen:

Am 25. März 2010 erfolgte die Übergabe von digitalen Funkgeräten für die Feuerwehr durch Minister Holger Hövelmann.

Es gab auf Einladung der Kurt-Weill-Foundation vom 15. bis 19. April 2010 den Besuch des Lotte Lenya Wettbewerbes in Rochester durch eine kleine Delegation aus unserer Stadt.

Am 30. April wurde der Saal des Veranstaltungszentrums Hugo Junkers im Golfpark Dessau-Roßlau eröffnet. Am Rande dieser Veranstaltung hatte Herr Koschig ein Gespräch mit dem Botschafter der Republik Namibia, dessen Geburtsstadt den Wunsch geäußert hat, mit unserer Stadt in nähere Kontakte und einen Erfahrungsaustausch zu treten. Herr Koschig sprach an den Bürgermeister eine offizielle Einladung nach Dessau aus.

Am 1. Mai fanden die traditionellen Mai-Feiern des DGB in unserer Stadt statt.

Am gleichen Tag trat der Wissenschaftliche Beirat der Moses-Mendelssohn-Stiftung in Wörlitz zusammen. Damit haben sich alle Gremien konstituiert. Am 10. Mai konnte in einer gemeinsamen Sitzung - Kuratorium und Vorstand - dankbar festgestellt werden, dass die zweite **Tranche des Bankhauses Oppenheim & Cie.** eingetroffen ist, so dass die vorgesehenen 100 000 EUR Stiftungskapital jetzt komplett sind.

Am 23. April besuchte die Bundestagsfraktion der Linken unsere Stadt. Am 4. Mai tagte die komplette Landtagsfraktion der SPD in der Stadt, am Vormittag fand ein internes Gespräch in unserem Hause zum Thema STARK II und am Nachmittag eine öffentliche Fraktionssitzung statt. Hier konnte Herr Koschig über den Stand der Vorbereitung des Jubiläums „Anhalt 800“ berichten.

Am 8. Mai jährte sich zum 65. Mal der Tag des Kriegsendes und der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Dazu fanden Kranzniederlegungen in beiden Stadtteilen statt. Zum sow-

jetischen Soldatenfriedhof in Roßlau war ein Vertreter der Botschaft der Russischen Föderation gekommen.

Seit heute, 12. Mai, bis zum 15. Mai 2010 findet die Bundestagung (Großlogentag) der Freimaurer in unserer Stadt statt. In diesem Jahr steht die Wahl des neuen Großmeisters an. Herr Koschig habe diesen heute im Rathaus empfangen.

Die Informationen zum Stand der Baumaßnahmen und die Hochwasserinformation bat Herr Koschig den an die Fraktionen ausgereichten Unterlagen zu entnehmen.

Im Berichtszeitraum fanden in der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau die Neuwahlen für den Personalrat statt. Herr Koschig habe allen Mitgliedern gratuliert, ihre Amtszeit beginnt am 1. Juni 2010.

Eine weitere Einladung erfolgte durch den OB zum „Tag der Erinnerung“ am 11. Juni in den Stadtpark anlässlich des 10. Todestages von Alberto Adriano.

Des Weiteren findet am 6. Juni 2010 im Stadtpark der Kirchentag der Evangelischen Landeskirche statt, wozu ebenfalls eingeladen wurde.

Mit dem Hinweis auf die vielfältigen Veranstaltungen zum Himmelfahrtstag und zu den Pfingstfeiertagen schloss Herr OB Koschig seinen Bericht.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 24. März 2010 wurden im nichtöffentlichen Teil zwei Beschlüsse zu Verleihungen der Fritz-Hesse-Medaille der Stadt Dessau-Roßlau gefasst.

5. Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde meldete sich **Herr Peter Kreßner, wohnhaft in der Kavalierstraße 51**, und brachte seine Enttäuschung zum Ausdruck. Er hatte erwartet, dass der Oberbürgermeister Ausführungen macht, wie es mit Dessau aufwärts geht, wie hier Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Davon hörte man aber nichts.

Konkrete Fragen von Herrn Kreßner lauteten:

- Zum Problem Junkalor: Die Jugendlichen von der Hochschule Anhalt hatten im Bauausschuss ein Programm vorgestellt. Dies hatte mit einem seiner Meinung nach „faulen Kompromiss“ geendet. Die Jugendlichen des Vereins „Industriekultur Hugo Junkers“ haben erwartet, dass von der Stadtverwaltung oder auch von den Abgeordneten eine schriftliche Nachricht erfolgt - leider vergeblich. Herr Kreßner möchte wissen, wie es mit Junkalor weitergeht.

(Seine Fragestellung zum Kristallpalast wurde durch das Präsidium abgebrochen, da die Thematik Gegenstand der Tagesordnung und somit unzulässig ist.)

- Über das Jubiläum „800 Jahre Anhalt“ habe erst vor kurzem ein Artikel in der Presse gestanden. Herr Kreßner fragte, ob man das Programm ohne finanzielle Mittel - vor

Ende 2011 komme nichts vom Land - durchziehen kann. Sein Vorschlag wäre, das Jubiläum um ein Jahr zu verschieben, 2013 habe die Stadt Dessau das 800. Jubiläum und Roßlau im Jahr 2015.

Von Seiten des **Beigeordneten Hantusch** wurde die schriftliche Beantwortung zum Thema Junkalor zugesagt.

Zur Anfrage, das Anhalt-Jubiläum betreffend, führte **Herr OB Koschig** aus, vom Land liege noch keine Antwort vor, wie es sich mit der Finanzierung verhält. Zusätzlich zu den Vorschlägen zur Verschiebung gibt es auch einen Vorschlag aus dem Landtag, die Feierlichkeiten auf das Jahr 2015 zu verschieben, da dann das erste Erscheinen eines Siegels Jubiläum hat. All das habe aber die Lenkungsgruppe abgelehnt. Das Jubiläum ist 2012, entweder man feiere es oder lasse es sein.

Herr Michael Krebs vom Modellsportklub Elbe-Dessau bedankte sich zunächst bei der Stadtverwaltung. Der Klub habe einen Antrag gestellt, in Sollnitz Modellboote fahren zu lassen und habe dabei gute Unterstützung vom Umweltamt und vom Sportamt erhalten.

Seine folgende Frage wurde ebenfalls mit dem Hinweis der Unzulässigkeit abgebrochen, da sie sich auf die Schließung des Waldbades in Dessau bezog. Herr Dr. Exner merkte an, es bleibe Herrn Krebs unbenommen, mit Herrn Dr. Raschpichler am Rande der Sitzung persönlich zum Thema zu sprechen.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Bericht des ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten

Seinem Bericht voranschickend, gab **Herr Schwierz** Zahlen über Größenordnungen und Umfang des Anteils ausländischer Bürger in Dessau-Roßlau bekannt:

Per 31.12.2009 lebten in unserer Stadt 1976 ausländische Bürger. Dies entspricht einem Anteil von 2,25 % an der Gesamtbevölkerung. Dabei liegt der Anteil der Frauen mit 1,93 % weit unter dem der männlichen ausländischen Bewohner (2,6 %).

Die mit Hauptwohnsitz in Dessau-Roßlau lebenden Ausländer kommen aus über 100 Staaten. Migranten aus der Ukraine, China, Vietnam oder Polen bilden in dieser Reihenfolge die stärksten Gruppen, wohingegen aus Staaten wie Togo, Senegal, Venezuela oder Bolivien jeweils nur ein oder zwei Migranten vertreten sind.

Im kontinentalen Ranking bilden die Zuwanderer aus Europa mit 1034 Personen (52,33 %) die größte Zuwanderergruppe, gefolgt von Asien mit 733 Zuwanderern; Afrika und Amerika folgen mit einem Anteil von 110 bzw. 74 Migranten.

In unserer Stadt gibt es drei Migrantenselbstorganisationen:

- Der deutsch-russische Freundeskreis,
- die deutsch-afrikanische Initiative und
- Mosangola e.V., die Vertretung der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter aus Angola und Mocambique.

Herr Schwierz berichtete weiter, die Arbeit des ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten im Berichtszeitraum war bestimmt durch eine vielfältige Anzahl von Beratungsgesprächen während seiner Sprechzeit mit Bürgern, sowohl Einheimischen, als auch Migranten.

In den 107 Gesprächen spiegelte sich die ganze Komplexität des Themas Integration wider. Die Anliegen der Besucher selbst waren dabei sehr vielfältig und reichten von Wohnungsfragen über das Thema Arbeit und Ausbildung bis hin zu Fragen zu Gesundheit bzw. Pflege und der Klärung von statusrelevanten sprich aufenthaltsrechtlichen Aspekten. Diese Fragen erfolgten in enger Abstimmung mit der hiesigen Ausländerbehörde. Daneben nahm die Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Veranstaltungen zum Thema Integration einen breiten Raum der Tätigkeit des ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten ein. Beispielgebend wäre hier die Mitarbeit im hiesigen Bündnis gegen Rechtsextremismus und in der Vorbereitungsgruppe zur jährlich stattfindenden Interkulturellen Woche zu nennen.

Die Aufgaben des Ausländerbeauftragten verstehen sich als Querschnitts- und Lobbyarbeit. Dabei gibt es eine rege und gute Zusammenarbeit mit der Integrationskoordinatorin Frau Paul sowie den im hiesigen Integrationsnetzwerk aktiven zwei Arbeitstischen Frauen, Senioren und Familie sowie dem Arbeitstisch für Jugend, Sport und Kultur. Nicht zu vergessen seien die intensiven Kontakte zum Multikulturellen Zentrum.

Auch an Veranstaltungen außerhalb unserer Stadt, wie etwa den Dialogforen „Integration im Dialog“ des Ministeriums für Gesundheit und Soziales oder die Mitwirkung im Bündnis für Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt nahm Herr Schwierz im Berichtszeitraum teil.

Eine Herzensangelegenheit war und ist ihm auch die Teilnahme an den in regelmäßigen Abständen im Ratssaal stattfindenden Einbürgerungsfeiern, bei denen Migranten aus den verschiedensten Ländern in feierlicher Form die Einbürgerungsurkunden überreicht bekommen.

In einem Gemeinschaftsprojekt mit dem Offenen Kanal Dessau durften sich auch einige Stadträte in die Lage eines Zuwanderers versetzen, der den obligatorisch verpflichtenden Einbürgerungstest erfolgreich absolvieren muss, ehe er die Einbürgerungsurkunde in den Händen halten darf.

Ein weiterer sehr wichtiger Partner im Thema Integration mit all seinen Facetten ist die hiesige Polizei. Es gibt gelegentlich auch Dissenzen einiger Migrantengruppen im Verhältnis zur Polizei. Dies resultiert natürlich auch aus dem Rollenverständnis, welches die Polizei in einigen Herkunftsländern gegenüber der Bevölkerung innehat.

Herr Schwierz führte weiter aus, er versteht seine Aufgabe so, das Verhältnis von Kommune, Polizei und Migranten zum Wohle unserer gemeinsamen Stadt positiv zu gestalten. Ganz deutlich merkte er hier an: Unser Dessau-Roßlau ist trotz der permanent vernehmbaren Unkenrufe einiger kein Hort der Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz. Hier bietet die Geschichte genug Beispiele, um die Weltoffenheit unseres Gemeinwesens auch in die Zukunft zu transportieren. Die Geschichte des Dessauer Bauhauses und die Fortführung und Weiterentwicklung der progressiven Traditionen gibt hier ein beredtes Zeugnis für Weltoffenheit und Toleranz in unserer Stadt ab. Doch dies

ist kein Prozess, den man dem Selbstlauf überlassen kann. Das Verhältnis von Migranten und Mehrheitsgesellschaft in unserer Stadt setzt das Aufeinanderzugehen beider voraus.

Damit dies in Zukunft weiterhin noch besser funktioniert, bat Herr Schwierz darum, dem Thema Integration auch im kommunalpolitischen Raum den ihm gebührenden gesellschaftspolitischen Stellenwert einzuräumen. Dazu stehe er allen Fraktionen und politischen Gremien parteiübergreifend gern jederzeit zur Verfügung.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Ein öffentliches Lob sprach **Herr Weber, CDU-Fraktion**, aus. Es werde viel über ehrenamtliche Arbeit in dieser Stadt gesprochen, weshalb er heute Herrn Klaus Lattauschke hierher gebeten habe. Herr Lattauschke ist Mitglied des Ortschaftsrates in Großkühnau und hat im vergangenen Winter mit seinem Radlader, ohne dass er auch nur einen Cent bekommen habe, in Klein- und Großkühnau flächige Beräumungen vorgenommen. Dies sei keine Selbstverständlichkeit und Herr Weber sprach ihm heute für sein ehrenamtliches Engagement Dank aus und überreichte ihm einen Blumenstrauß.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, richtete seine Frage an Herrn Dr. Raschpichler. In Roßlau haben ihn mehrere Wohngeldbezieher angesprochen und fragten nach, warum die Bearbeitung der Anträge so lange dauert, es wurde von ¼ Jahr und mehr gesprochen. Besteht eine Möglichkeit, diese Zeit zu verkürzen oder kann den Bürgern eher geholfen werden?

Dieses Thema sei aufgrund der neuen Gesetzgebung ein landes- und bundesweites Problem, entgegnete **Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Der Kreis der Bezugsberechtigten hat sich erheblich erweitert. Im Vergleich zum Vorjahr 2009 haben wir einen Aufwuchs von 38 %. Damit erhöht sich natürlich die Zahl der Anträge und Prüfvorgänge. Zurzeit haben wir etwa 4 Monate Bearbeitungszeit. Bis zum Jahresende sei es Ziel, auf die übliche Zeit von 8 Wochen zurückzukehren. Er wies darauf hin, dass das Sozialamt aber gehalten ist, und daran halten sich auch alle Mitarbeiter, soziale Härtefälle, bei denen erkennbar ist, dass ein Antrag erfolgreich beschieden werden kann, bevorzugt zu bearbeiten. Durchgesetzt wurde ebenfalls, dass es bei extremen Notsituationen auch eine Vorschusszahlung geben kann. Es wird auch kein Wohngeldberechtigter benachteiligt, weil bei einer zu langen Bearbeitungszeit ohnehin die Verzinsung eintritt. Wir sind gehalten, dies nicht zuzulassen, da es Bundesmittel sind, die wir verwalten und angemessen und sparsam einsetzen wollen. Wir wollen die gemeinsame Arbeit mit dem Job-Center dahingehend intensivieren, dass auch die Prüfung, wer zuständig ist, in einem angemessenen Zeitraum erledigt werden kann.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, erinnerte daran, dass die Stadt einmal zum Wirtschaftsdreieck Halle, Leuna, Dessau, Leipzig und später zur Metropolregion Mitteldeutschland gehören wollte. Ende April habe er in der MZ einen Artikel lesen können, zu dem er einen Aufschrei der Stadt erwartete, ihn aber nicht wahrgenommen hatte. Es geht um das künftige S-Bahn-Netz in Mitteldeutschland. Seine Ausführungen verdeutlichte Herr Ehm mit einem Plan, welchen er im Sitzungssaal zeigte, worauf Dessau nicht zu finden ist. Ihn würde es interessieren, was die Stadtspitze getan hat, wenn die Stadt schon nicht mehr im Fernverkehr stattfindet, dass sie wenigstens noch im Nahverkehr vertreten ist.

Hierzu merkte **Herr OB Koschig** an, es gab schon Gespräche, den S-Bahn-Verkehr von Berlin bis nach Dessau zu ziehen. Er kenne keine Arbeitsrichtung, in das S-Bahn-Netz der Stadt Leipzig einbezogen zu werden, aber es gibt seit geraumer Zeit Verhandlungen im Regionalen Verkehrsverbund und Gespräche und Überlegungen, ob wir mit dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund zusammengehen. Herr Koschig sagte zu, dass das zuständige Dezernat dies aufarbeitet und eine schriftliche Beantwortung gibt.

In seiner Anfrage richtete sich **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an Dr. Raschpichler. Man habe bereits im letzten Sozialausschuss darüber diskutiert und festgestellt, dass die Geschäftsführung des Jobcenters seit Monaten an den Sitzungen des Gesundheits- und Sozialausschusses nicht teilnahm und auch der Beirat seit Monaten nicht mehr tagte. Auf eine schriftliche Nachfrage vom 16. April habe er keine Antwort und auch keine Eingangsbestätigung erhalten.

Die Problematik wurde intensiv besprochen, bestätigte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Es sind heute auch zwei Vertreter des Jobcenters anwesend, nämlich Herr Behrens, als neuer Agenturchef und der Geschäftsführer, Herr Krause. Man habe also sehr wohl erkannt, dass es sinnvoll ist, dass unser Jobcenter, ähnlich wie auch unsere Eigenbetriebe oder -gesellschaften, an den Beratungen der Gremien teilnehmen. Er könne versichern, dass das auch bei den Beratungen des Gesundheits- und Sozialausschusses der Fall sein werde. Allerdings ist es angemessen, dem Jobcenter die Entscheidung zu überlassen, welchen Mitarbeiter es entsendet, was auch themenabhängig sei. Was die Beiratssitzungen betrifft, gehe Dr. Raschpichler davon aus, dass im Juli eine Sitzung durchgeführt wird, weil es eine aktuelle Entwicklung im Gesetzgebungsverfahren zum SGB II gibt und auch andere Dinge, die gemeinsam besprochen werden sollen. Dr. Raschpichler entschuldigte sich, dass er bis heute nicht schriftlich antworten konnte, aber so sei die Antwort für alle zugänglich.

Frau Griebisch, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, richtete sich an Herrn Tonndorf. Auch zu ihr seien etliche Bürger wegen Verzögerung des Wohngeldes gekommen. Sie habe diese Fragen mitgenommen und im Sozialausschuss abgegeben. Sie sind umgehend positiv behandelt worden. Herr Tonndorf sollte doch die Anträge annehmen, denn man müsse die Bürger nicht nur anhören, sondern auch die Arbeit mitnehmen zur Verwaltung, wo sie hingehört.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, legte dar, seitens des Petitionsausschusses wurde Herrn Popp als Vorsitzenden der Bürgerinitiative zur Erhaltung des Jagdschlusses Haideburg mit Datum 29. April geantwortet, dass nach zwischenzeitlicher Beratung zwischen den Ministerien der Petitionsausschuss dem Landtag empfiehlt, das Schloss in die Dessau-Wörlitzer Stiftung, Garten- und Schlösserstiftung, einzugliedern und die Petition damit abzuschließen. Da zum 1. Juni die neue Kultusministerin bestellt wird, bisher war Herr Olbertz in das Verfahren involviert, bat Herr Giese-Rehm die Stadtverwaltung, das weiter im Auge zu behalten. Bis sich das in den Haushaltsverhandlungen wieder findet, wäre es schön, wenn das zu Ende gebracht wird. Es ist ein schwebendes Verfahren und sinnvoll, darauf zu sehen.

Mit Erstaunen hat Herr Giese-Rehm wahrgenommen, dass zum 26. Mai der Gesundheits- und Sozialausschuss eingeladen wird. Der einzige Tagesordnungspunkt ist der Bericht zur Neuausrichtung der Unterbringung von Personen nach § 1 Aufnahmengesetz

Land Sachsen-Anhalt. Spontan sind ihm 5 Themen eingefallen, die zur Beratung offen wären. Das sind

- die Anforderungen und der Stand der Sozialplanung,
- das im letzten Stadtrat als Seniorenreport betitelte Papier, was eigentlich kein Seniorenreport ist und dringend der Vertiefung bedarf,
- die Beratung zur Zusammenarbeit mit dem Jobcenter.
- Weiterhin müsse man sich mit dem Thema Bürgerarbeit beschäftigen und sehen, wo man das in der Stadt Dessau-Roßlau ansiedelt und welches Verfahren man braucht. In dem Bereich besteht auch Zeitnot.
- Wie wird weiter mit den Bädern verfahren?
- Aus dem Protokoll der letzten Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses sei die Information über die Struktur des Sozialamtes in der Maisitzung offen.

Er wisse nicht, weshalb man nicht genug Themen für eine ordentliche Sozialausschusssitzung finden kann. Herr Giese-Rehm bat Herrn Dreibrodt, diese Dinge aufzunehmen und in der Sitzung zu behandeln, oder festzulegen, wann es behandelt wird.

Die angesprochene Thematik müsse zwischen den Ausschussmitgliedern und dem Vorsitzenden geklärt werden, ohne das hier in der Stadtratssitzung machen zu müssen, mahnte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, an.

Es sei sinnvoll, das hier anzusprechen, erwiderte **Herr Giese-Rehm**, da es mehrere Ausschüsse betrifft. Er habe noch weitere Informationen. Herr Weber von der CDU-Fraktion habe Bürger für die ehrenamtliche Tätigkeit belobigt. Das sei durchaus auch stellvertretend gemeint, denn es haben sich viele in verschiedener Weise eingesetzt.

Des Weiteren hat in den letzten Tagen und Wochen eine Vertriebsgesellschaft für im Wesentlichen nicht motorisierte Zweiräder ein interessantes Werbeinstrument eingebracht, was die grüne Plakette sei. Diese gibt es normalerweise für besonders herausragende Leistungen bei Verbrennungsmotoren, womit man dann in die Umweltzone einfahren darf. Hier hat sich jemand das nette Instrument herausgesucht, um deutlich zu machen, wer die eigentlichen Klimaschützer in den Innenstädten sind, nämlich die Radfahrer und Fußgänger. Da er selber Fahrradfahrer ist, hat ihn das besonders angesprochen und sich 5 von diesen Plaketten besorgt. Herr Giese-Rehm stellte die Frage in den Raum, wer von den Stadträten und der Verwaltung heute mit dem Fahrrad gekommen ist. Bestimmt weiß er, dass das Frau Sanftenberg und Frau Dr. Kegler waren.

An dieser Stelle mahnte der **Vorsitzende des Stadtrates Dr. Exner**, die Redezeit an. Er sei liberal und lasse schon eine Menge zu, aber in dem Fall sollte Herr Giese-Rehm so etwas gestrafft darlegen.

Im letzten Stadtrat wurde ein Klimakonzept beschlossen, legte **Herr Giese-Rehm** weiter dar. Die Frage ist, wo die Umsetzungen dazu sind. Die Plakette sei eine Maßnahme, um die Umsetzung zu befördern. Insofern sollte das immer wieder Thema sei.

Herr Oberbürgermeister Koschig legte dar, er habe einen dringenden Termin bei der Kultusministerin angemeldet. Man habe eine Reihe von Dingen mit ihr zu besprechen und er werde das Thema Jagdschloss Haideburg mit auf die Agenda nehmen. Der Landtagsabgeordnete Kolze habe auch signalisiert, dass hier für Kontinuität Sorge getragen wird. Die Bürgerarbeit sei in der Tat ein dringendes Thema. Man habe in dieser

Woche auch eine Abstimmung mit dem Jobcenter und dem neuen Direktor unserer Agentur für Arbeit. Am Montag werde es in der OB-DB diesen Tagesordnungspunkt Bürgerarbeit geben, um die Dinge anzuschieben.

7. Beschlussfassungen

7.1 Erneute Beschlussfassung der Ziffer 3 des Beschlusses vom 24.03.2010 - Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums am Standort Kristallpalast aufgrund des Widerspruchs des Oberbürgermeisters vom 31.03.2010 Vorlage: DR/BV/063/2010/Linke

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies zunächst auf den von Oberbürgermeister Koschig eingereichten Widerspruch zum Punkt 3 der Beschlussvorlage, weshalb dieser heute erneut zur Behandlung steht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, gab zur Kenntnis, dass dieser jetzt im Widerspruch stehende Punkt 3 mit dem entsprechenden Fachamt erarbeitet wurde, mit der Möglichkeit einer Option, dem Investor weitestgehend ein Signal der Einvernehmlichkeit zu senden. Deshalb verstehe er nicht, wie die fachliche Begleitung in einen Widerspruch des Oberbürgermeisters münden kann.

Im entsprechenden Fachausschuss gab es schon einmal den Antrag der CDU, die fragliche Satzung generell im Interesse von Investitionen auszusetzen, was auch legitim ist und in anderen Kommunen praktiziert wird. Aus diesem Grund und im Interesse der Sache selbst bitte er zu überlegen, ob es nicht besser ist abzu prüfen, inwieweit der Investor in der Lage ist, seine entsprechenden eigenen Signale zu erfüllen. Die Vorlage setze alles in Gang, was nötig ist, um Entscheidungsreife herbeizuführen. Mehr brauche man nicht.

Es gibt eine Sensibilität in der Stadt, viele Bürger gehen einher mit der traditionellen Komponente Kristallpalast. Diese sei so tief verwurzelt in der Bevölkerung, wie keine andere Veranstaltungseinrichtung der Stadt. **Herr Schönemann** finde es nicht schön, dass diese symbolträchtige Veranstaltungsstätte in eine Konkurrenzdiskussion gerät, die ungerechtfertigt ist. Er finde es positiv, akzeptabel und auch schön, dass der Karnevalsclub Gelb-Rot heute eine neue Heimstätte hat, aber er empfinde es als nicht schicklich, wenn man versucht, Mitbewerber in einer solch ausgearteten Diskussion aus dem Rennen zu werfen, was aus seiner Sicht nicht investorenfreundlich, sondern eigenartig ist.

Er hatte gedacht, dass der Oberbürgermeister als Widerspruchsführer etwas zu dem Punkt sagt, merkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau**, an. Inhaltlich habe sich die Fraktion mit der Position auseinandergesetzt und er gebe folgende Stellungnahme ab. Zunächst sei festzuhalten, dass die Stadtverwaltung in einer der letztendlich zur Beschlussempfehlung des Bauausschusses führenden Sitzungen in Aussicht gestellt hat, für dieses Problem eine Lösung zu finden. Auf diesen Lösungsvorschlag warte man bis heute. Bei allem Verständnis für die rechtlichen Probleme, die der Oberbürgermeister im Rahmen seines Widerspruchs aufgezeigt hat, sei der Stadtratsbeschluss ein Handlungsauftrag für die Verwaltung und kein Auftrag dafür, nach Gründen zu suchen, warum es gerade nicht geht.

Die Stadt selbst hat im Übrigen im Rahmen ihrer Bauleitplanung im Bebauungsplan für dieses Grundstück ausdrücklich die Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums vorgesehen. Auch das konterkariere eine Stück weit den Widerspruch. D. h. man habe in der Stadt eine Beschlusslage, die genau das, was der Investor dort plant, wünscht. Umso mehr hätte er sich gewünscht, dass wir tatsächlich einen Lösungsansatz finden. Leider ist das unterblieben.

Der Widerspruch geht darauf ein, dass nicht erkennbar ist, zumindest nach dem jetzigen Stand, warum dieses Bauvorhaben im besonderen öffentlichen Interesse liegt. Einen Grund habe er bereits genannt. Es liege genau in der Ziellinie des Aufstellungsbeschlusses für den B-Plan. Der zweite Punkt sei, dass der Missstand schon seit der Zerstörung des Kristallpalastes besteht, also seit über 60 Jahren. Weiterhin haben wir an der Stelle eine denkmalgeschützte Fassade, die mit der Umsetzung dieses Vorhabens endgültig vor dem Verfall gerettet werden kann.

Weiterhin kann durch dieses Bauvorhaben, und wer sich das Zentrenkonzept in dem Zusammenhang angesehen hat, muss dem auch zustimmen, endlich eine Belebung der Zerbster Straße aus nördlicher Richtung erreicht werden, die diese Straße dringend nötig hat. Weiterhin ist die Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums in fußläufiger Entfernung zu allen größeren Hotels der Stadt eine Möglichkeit, nicht zuletzt die Vermarktungsmöglichkeiten im touristischen Bereich deutlich zu verbessern. Auch das sollte man nicht aus den Augen lassen.

Zu der Aussage, es sei bisher nicht herauskristallisiert worden, warum mit Zahlung der Stellplatzabläse dieses Projekt nicht realisierbar wäre, wies **Herr Bönecke** darauf hin, die Stellplatzabläse würde im Vergleich zur jetzigen Bausumme etwa 11 % des Volumens ausmachen. Aus den Ausführungen der Stadtverwaltung in der Bauausschusssitzung am 1.12. war zu entnehmen, dass der Investor mehrfach darlegte, wenn er zusätzlich zu den jetzigen Summen diese Stellplatzabläse aufbringen müsste, sei er nicht mehr in der Lage, seinen Eigenanteil im Rahmen einer möglichen Förderung durch das Land für das Vorhaben aufzubringen. D. h., es scheitert dann daran, dass die 50 % Eigenanteil durch den Investor nicht mehr gebracht werden können. Damit war zum damaligen Zeitpunkt schon klar, wieso das Vorhaben zum Scheitern verurteilt ist. Insoweit könne er die Ausführungen in dem Widerspruch nicht ganz nachvollziehen.

So gehe es an der Stelle auch nicht um das subjektive Unvermögen des Investors, die Stellplatzabläse zu zahlen. Man müsse sich fragen, welcher andere Investor, egal was er an dieser Stelle Größeres plant, wäre in der Lage, diese knapp 2 Mio. € tatsächlich aufzubringen. Hier sei es mehr oder weniger egal, was dort gebaut wird. Den Einkaufsmarkt wollen wir alle nicht, dafür gibt es zwischenzeitlich den B-Plan. Dann wären Stellplätze möglich, was aber städtebaulich von keinem hier gewünscht sei. Jede andere Nutzung, sei es durch einen Saal oder Gastronomie, setze Stellplätze in einem größeren Umfang voraus, die an dieser Stelle nicht geschafft werden können. D. h. vor diesem Problem steht jeder Investor an dieser Stelle. Insoweit ist es nicht subjektives Unvermögen des Investors, sondern ein objektives Kriterium.

Ein weiterer Punkt sei der angesprochene Gleichbehandlungsgrundsatz. Das sei sicherlich ein Argument, was u. U. verfängt, wenn man bedenkt, dass jeder andere, der in der Zerbster Straße ein Vorhaben realisiert hat, letztendlich verpflichtet war, diese Stellplätze nachzuweisen oder sie abzulösen. Vor diesem Hintergrund habe **Herr Bönecke** ü-

berlegt, wie können wir, auch im Interesse einer vielleicht einmal spontanen Wirtschaftsförderung und Förderung einer neuen Ansiedlungsdynamik in der Zerbster Straße, dieses Problem für die Zukunft lösen. Die Lösung erscheine relativ einfach: Heben wir diese Satzung auf! Aus diesem Grunde stellte Herr Bönecke folgenden **Antrag**:

Die bisherige Ziffer 3 des Beschlussvorschlages DR/BV/063/2010 wird vollständig gestrichen und durch folgende neue Ziffer 3 ersetzt:

„Die Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung) der Stadt Dessau vom 02.06.2004 und die Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen vom 12.03.2008 werden aufgehoben.“

Warum diese Lösung nahe liegend und vielleicht sogar befördernd für andere Punkte in diesem Bereich erscheint, begründete Herr Bönecke wie folgt. Der Stadtrat müsse sich ohnehin mit der Stellplatzabläse neu befassen, denn die Satzung laufe zum Jahresende aus. Aus diesem Grund ist bereits ein neuer Satzungsentwurf in Arbeit, der es möglich machen wird, derartige Vorhaben und vielleicht auch weitaus umfangreichere Einzelfalllösungen in eine solche Satzung einzuarbeiten. Man rede an dieser Stelle von einem Zeitraum von etwas mehr als einem halben Jahr, in dem die Satzung noch gültig wäre. Wenn es durch die jetzige Aufhebung gelingt, dieses Vorhaben der Errichtung eines Tages- und Veranstaltungszentrums an diesem Standort zu befördern und dem Investor die Möglichkeit zu geben, seine Finanzierung auch im Rahmen der Fördermittelanträge tatsächlich nachzuweisen, sei das ein überschaubarer Zeitraum, den man in Kauf nehmen könne, bis wir evtl. mit einer angepassten und modernen Stellplatzabläsesatzung erneut in dieses Gremium treten.

Auf den von Herrn Bönecke gestellten Änderungsantrag eingehend, mahnte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an, man habe soeben die Vorlage STARK II beschlossen und gesagt, man wolle jetzt effizienter arbeiten und Gelder einsparen, wo es möglich ist. Den Antrag verstehe er genau als Widerspruch, als genau eine andere Vorgehensweise, nämlich jetzt hier auf sichere Einnahmen zu verzichten. Deshalb stelle er an Herrn Bönecke oder auch an die Verwaltung die Frage, ob das überhaupt noch gesetzeskonform ist.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass der **Änderungsantrag von Herrn Bönecke** ein Antrag zur Änderung der Stellplatzsatzung bzw. Aufhebung dieser Satzung sei. Man könne das nicht durch die Hintertür machen. Wenn die Satzung geändert werden soll, müsse sie ordentlich in den Ausschüssen diskutiert und dem Stadtrat vorgelegt werden. Deshalb könne er diesen Änderungsantrag heute hier **nicht zulassen**, was bei den Redebeiträgen zu berücksichtigen ist.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, ging auf die Aussagen von Herrn Bönecke ein. Er bedauerte, dass trotz Engagement und langen Diskussionen von der Behebung des Missstandes nichts zu merken sei. Über die Jahre wurden Ersatzmaßnahmen vorgenommen und es hat sich nichts geändert. Wenn schlüssige Konzepte vorliegen, könne man sehen, ob und wie man das als Stadt befördern kann. Aber nicht zuerst die Stadt fordern, denn zuerst sei jemand anderes gefordert, der seit vielen Jahren Besitzer dieses Objektes ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, entgegnete am Herrn Giese-Rehm gewandt, es sei nicht der Investor, sondern die Investoren. Er bitte Herrn Giese-Rehm, sich inhaltlich korrekt zu informieren. Es sei auch die Sicht zu transportieren, dass ausschlaggebend ist, dass wir erst dann in der Lage sind zu entscheiden, wenn das schlüssige Konzept vorliegt. Die Orientierung liegt vor, das Konzept ist im Grundrahmen vorhanden und wird jetzt konkretisiert, dass es in einen Förderantrag münden kann. Das ist die zeitliche Schiene und Beschlusslage des Stadtrates. An Herrn Bönecke gewandt, stimmte er zu, dass man das über die kalte Tour nicht machen könne. Man könne aber genau das tun, indem wir im nächsten Stadtrat eine Vorlage haben, wo diese Satzung außer Kraft gesetzt wird. Dann hätte man eine Lösung.

Man rede hier über Geld, auf das man noch keinen Anspruch habe und ohne Investor auch nie einen Anspruch haben werde, merkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an Herrn Busch gewandt bezüglich dessen Ausführungen zu STARK II an. D.h. das Geld ist nicht im Verwaltungshaushalt, denn es stehe im Vermögenshaushalt, weil es um bauliche Maßnahmen geht. STARK II betreffe ausschließlich den Vermögenshaushalt, weshalb es keine Auswirkungen auf den Konsolidierungsbeitrag habe.

Das stimmt zwar, aber wenn es dort ein Stellplatzproblem gibt, dann bauen wir die Parkplätze auf unsere Kosten, gab **Frau Beigeordnete Nußbeck** zu bedenken.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, merkte an, s. E. habe man über den Widerspruch des Oberbürgermeisters zu befinden. Man könne zwar versuchen, den Oberbürgermeister umzustimmen, seinen Widerspruch zurückzunehmen, was er aber als zwecklos sehe, denn aus seiner Sicht habe der Oberbürgermeister Recht. Er bitte um Abstimmung zum Widerspruch.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an Frau Beigeordnete Nußbeck gerichtet an, die Gefahr, dass man dort Stellplätze bauen müsse, bestehe eben deshalb nicht, weil die Stadt schon in ein Parkhaus mit einem privaten Investor investiert hat und genügend Stellplätze da sind.

Dazu bestätigte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, an Herrn Otto gewandt, es wurden 1,2 Mio. € investiert, aber 2007 wurde im Rechnungshofbericht bemängelt, dass 1,2 Mio. € bereits aus Stellplatzablösesummen in das Parkhaus Teichstraße investiert wurden. D.h. man wolle jetzt auf etwas verzichten, was aus dem gleichen Topf schon einmal eingebracht wurde. Darum gehe es nicht, wir haben vorhin STARK II beschlossen, weshalb er auch nachgefragt hatte, ob sich alle bewusst sind, was wir beschließen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, weil er das vorhin genau so gesehen hat, habe er dargestellt, warum sie sich gegen die Vorlage entschieden haben. Sie seien einfach überrannt worden. Man könne sich mit der einen oder anderen Rede durchaus auch empfehlen. Er wisse, wie die Konstellationen aussehen und er wisse auch, warum man das tut. Das komme aber an anderer Stelle. Er empfinde die Diskussion in der Sache, und um ein solches sensibles Thema wie den Kristallpalast geht es, schon ein wenig neben der Spur.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte den **Antrag auf Schluss** der Debatte.

Oberbürgermeister Koschig führte aus, Voraussetzung für die praktischen Schritte gemäß Punkt 1-3 sind die Punkte 4 und folgende. Man schreibe Anfang Mai und Ende Mai sollen alle Unterlagen vorliegen. In einem intensiven Gespräch mit dem Investor, wo wir über die Beschlusslage und über den Widerspruch informiert haben, hat er das nicht weiter hinterfragt. Intensiv wurde über die eigentlichen Gefährdungen für dieses Projekt, an denen die Stadtverwaltung intensiv arbeitet, diskutiert. Im nächsten Bauausschuss wird der Entwurf des Bebauungsplanes vorgelegt, in dem alle Probleme, u. a. die Stellplätze, mit aufgeführt werden. Die eigentliche Gefahr sehe er in Vockerode. Das habe der Investor völlig ausgeschlossen und sieht überhaupt keine Gefahr für das Projekt Kristallpalast in dem Großprojekt Vockerode mit den 1.500 Hotelbetten, in den großen Kongresszentren, die dort entstehen sollen. Das Angebot zum Wirtschaftsminister zu fahren, habe er nicht angenommen. Das Angebot, dass die Amtsleiterin der Wirtschaftsförderung als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht, nahm er dankend an und hat es später wieder abgelehnt.

Aus der jetzigen Situation heraus könne Herr Koschig den Widerspruch nicht zurück nehmen. Möglicherweise ist nach dem 31. Mai die Situation eine etwas andere, wenn belastbare Zahlen auf dem Tisch liegen, möglicherweise hat das Projekt eigene Initiativen der Stellplatzlösungen, was man alles nicht kenne. Es gebe auch keinen Bauantrag. Deshalb sei es wichtig, nicht ins Detail zu gehen, sondern nur diesen Widerspruch zu behandeln.

Was die Stellplatzablösesatzung betrifft, werde diese im politischen Raum vorgestellt. Auch hier müsse man ja die Fusion unserer Städte nachvollziehen und die Satzung zusammenführen. Da könne man über so etwas diskutieren, aber auch da müsse man bedenken, dass man einen Antrag auf STARK II gestellt habe. Man sei noch nicht aufgenommen worden und man werde uns hart prüfen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, machte deutlich, dass über die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages abzustimmen ist, welcher lautet:

„Die Stadt Dessau verzichtet auf Stellplätze und die erforderlichen Stellplatzablösegebühren für das Tagungs- und Veranstaltungszentrum durch Genehmigung einer Abweichung zur gültigen Satzung unter den Bedingungen:

- Vorlage eines genehmigten Fördermittelbescheides in der beantragten Höhe von 50 %,
- der Baubeginn spätestens 4 Monate nach Erteilung der bestandskräftigen Baugenehmigung und
- die Fertigstellung spätestens 24 Monate nach Baubeginn erfolgt.“

Es erfolgte die Abstimmung.

Die Ziffer 3 des Beschlusses zur Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 20:17:04

Mit der Feststellung des Abstimmungsergebnisses lege er erneut Widerspruch ein, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Dieser werde jetzt an die obere Kommunalaufsicht gegeben.

7.2 Mitgliedschaft der Stadt Dessau-Roßlau in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) Vorlage: DR/BV/501/2009/II-OB

Zurück kommend auf die Frage der Beitragspflicht, erläuterte **Oberbürgermeister Koschig**, wir müssen keine Beiträge bezahlen. Der Deutsche Städtetag hat einen Pauschalbeitrag, trotzdem erscheint in der Satzung die Beitragspflicht, welche auf die Nichtmitglieder des Deutschen Städtetages zutreffe. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund konnte sich nicht zur gleichen Verfahrensweise entschließen. Dazu liege ein Schreiben des Geschäftsführers, Dr. Artikus, vor. Auf Nachfrage von Herrn Bönecke wies Herr Koschig darauf hin, dass dieses allen Stadträten mit der Einladung zugesandt wurde. Er habe dazu einen Erledigungsvermerk.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

7.3 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Teilentschuldungsprogramm STARK II des Landes Vorlage: DR/BV/080/2010/II-20

Frau Beigeordnete Nußbeck erläuterte, die Vorlage enthalte eine weit reichende Entscheidung für die nächsten Jahre. Sie habe finanzielle Auswirkungen und die Verpflichtung zur Konsolidierung in den nächsten Jahren. Durch das Entschuldungsprogramm STARK II des Landes ist es möglich, den Gestaltungsspielraum der Kommunen in den nächsten Jahren wieder so herzustellen, dass mit Wegfall des Solidarpaktes II im Jahr 2019 die Kapaldienste der Kommunen so reduziert sind, dass sie im Verwaltungshaushalt eine untergeordnete Rolle spielen und somit wieder Handlungsfreiheit für die Kommunen besteht. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, gibt es eine Vorquotierung. Danach sind wir mit 12,9 Mio. € im Programm vorgesehen. Allerdings müsse es hier eine Korrektur geben. Im Moment sind die Kreditlasten aus der Gebietsreform und der Rechtsnachfolge des Landkreises Anhalt-Zerbst nicht berücksichtigt. Man gehe davon aus, dass diese Korrektur stattfinden wird, was weitere 1,1 Mio. € sind und am Ende insgesamt ein Teilentschuldungsbetrag von 14,1 Mio. € ist.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieses Teilentschuldungsprogramms ist ein genehmigter Haushalt und damit ein von der Kommunalaufsicht akzeptiertes Konsolidierungskonzept. In diesem Jahr sind wir mit dem Vorlegen des Haushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für 2009 in die Lage versetzt, diesen Antrag zu stellen. Allerdings ist für die Folgejahre auch das jeweilige Folgedokument, für 2011 der Haushalt 2010 und das Haushaltskonsolidierungskonzept 2010, vorzulegen, um die Teilentschuldung in Anspruch zu nehmen. Im Ergebnis würden wir im Jahr 2018 nur noch eine Kreditlast von 10,4 Mio. € haben. Damit wird deutlich, wie sehr der Kapitaldienst, also Zins und Tilgung aus unserem Haushalt entfallen und eine echte Einsparung dieser Kosten erfolgen würde. Allerdings muss sich der Stadtrat mit dieser Beschlussfassung vertraglich an sein Konsolidierungskonzept mit einer sog. Konsolidierungsvereinbarung binden. Werden also die Rahmenbedingungen, die hier beschlossen werden, nicht eingehalten, drohen zumindest Strafzinsen.

Aktuell steht jetzt die Umschuldung in Höhe von 11,3 Mio. € an. Wir haben die Umschuldung dieser Kredite schon verschoben, um die Beschlussfassung heute abzuwarten, um dann aber diese Umschuldung durchzuführen. Bei der Umschuldung, die in diesem Jahr stattfinden würde, steht bereits eine Teilentschuldung in Höhe von 3,5 Mio. € an und noch einmal eine Zinsersparnis von 1,5 Mio. € aus dem niedrigeren Zinssatz für den Restbetrag und aus dem eingesparten Zinsbetrag, die Teilentschuldung. Das sind insgesamt 5,0 Mio. €, die schon in diesem Jahr der Stadt zu Gute kommen würden durch den Beschluss zur Inanspruchnahme. Vor diesem Hintergrund bat Frau Nußbeck um Zustimmung zur Vorlage, da die Teilentschuldung auch ein wesentlicher Bestandteil unseres Konsolidierungskonzeptes, das einen Umfang von 13,5 Mio. € haben muss, ist. Es sei fahrlässig, auf diesen Beitrag zu verzichten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte dar, seine Fraktion habe die Unterlagen zu den Zugangsbedingungen für STARK II genau analysiert. Man habe nicht die Formulierungen gefunden, dass es der Haushalt 2009 und das entsprechende Konsolidierungskonzept sein könnte. Wir sehen einhergehend mit der heutigen Beschlussvorlage den Haushalt 2010 und ein entsprechendes Konsolidierungskonzept, womit die Zugangsbedingungen für STARK II im Augenblick nicht gegeben sind. Er ist der Auffassung, dass sowohl im Haushalts- und Finanzausschuss und in den weiter begleitenden Ausschüssen die nötigen Voraussetzungen für die Zugangsbedingungen zu erarbeiten sind. Da sie sich aus ihrer Sicht auf das Jahr 2010 beziehen, sehe die Fraktion die Zugangsbedingungen als nicht gegeben an. Aus diesem Grund würde er die **Vorlage zurück in den entsprechenden Fachausschuss** verweisen wollen, bis das gleich lautende Papier gemäß Zugangsbedingungen vorliegt.

Definitiv gilt als Zugangsvoraussetzung für den Entschuldungsantrag in diesem Jahr der Haushalt 2009 und das Konsolidierungskonzept 2009, erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Wir können diese Umschuldung nicht weiter verschieben, weil die Kredite bestimmte Bedingungen erfüllen müssen, so eine 10-jährige Laufzeit usw. Wenn wir zwischendurch umschulden, bringen wir uns selbst um diese Kriterien. Insofern appelliere sie noch einmal ausdrücklich, das heute zu bestätigen. Man rede über einen Effekt allein in diesem Jahr von 5 Mio. €.

Herr Weber, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass es im Finanzausschuss 2 Nein-Stimmen zu Stark II gab. Diese kamen von Frank Rumpf und ihm. Frau Nußbeck habe aus dem Protokoll dieser Sitzung fast wörtlich die Warnung zitiert, wenn wir das jetzt tun, binden wir uns massiv und konsequent. Er hatte als ein vehementer Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung im Ausschuss gesagt, es falle schwer diesen Weg zu gehen. Wir werden auf lange Sicht nicht mehr frei sein, wie wir die Stadt weiter gestalten wollen. Weil Frau Nußbeck diese Konsequenz hier so klar angesprochen hat, werde er der Vorlage heute zustimmen und gehe davon aus, dass die Fraktion dies auch tun werde. Man kann keinen anderen Weg gehen. Jeder, der zustimmt, müsse sich über alle Konsequenzen im Klaren sein. Weiterhin verwies Herr Weber auf entsprechende Passagen der Vorlage auf Seite 3 ff. Deshalb habe er heute beantragt, diese Beschlussvorlage in der Tagesordnung nach oben zu ziehen, damit bei allen nachfolgenden Beschlüssen klar ist, was wir hiermit auf uns nehmen.

Er danke Herrn Weber für seine Ausführungen, diesen nicht einfachen Weg zu gehen, legte **Oberbürgermeister Koschig** dar. Wenn man diesen Weg nicht gehe, sei die Alternative viel schwieriger, denn man müsse den Kapitaldienst herunter kriegen, wir

müssen unseren Verwaltungshaushalt frei kriegen. Er habe auf die Gespräche mit der SPD-Landtagsfraktion verwiesen, die hier im Hause geführt wurden. Diesen Tag habe er auch genutzt, unter vier Augen mit dem Finanzminister zu sprechen und einen dringenden Termin vereinbart, um die Umsetzung STARK II, aber auch die spezifischen Probleme, die unsere Stadt bei der Haushaltskonsolidierung hat, mit ihm zu besprechen. Herr Koschig bat darum, ihn mit diesem Beschluss nach Magdeburg zu schicken, weil er die Position der Stadt bei der Verhandlung mit dem Finanzminister deutlich stärkt.

Frau Storz, SPD-Fraktion, bemerkte, man habe es sich im Finanzausschuss nicht einfach gemacht. In den nächsten Jahren müssen wir drei Indikatoren erfüllen, die wir jeweils dem Landesverwaltungsamt und dem Finanzministerium nachweisen müssen. Man habe sich intensiv mit diesen Kennziffern beschäftigt. Auf der letzten Seite der Anlage sehe man auch die Kennziffern und ihre voraussichtliche Entwicklung in den nächsten Jahren, wie von unserer Finanzverwaltung ermittelt. Anhand dieser Angaben konnten wir feststellen, dass wir in der Lage sein werden, die Kennziffern auch zu erfüllen.

Für uns sind die Unsicherheiten an einer ganz anderen Stelle. Die Kennziffern werden ermittelt auf Basis der Zuführungen, die vom Land kommen. Wir können also die Indikatoren evtl. eines Tages nicht erfüllen, weil die Zuführungen des Landes zu drastisch zurückgegangen sind. Für diesen Fall sind jedoch Öffnungsklauseln mit dem Landesverwaltungsamt und dem Finanzministerium in der Vorlage enthalten. Warum sollten wir das tun? Das Entschuldungsprogramm des Landes in Höhe von 513 Mio. € ist praktisch ein Hilfsprogramm für die Kommunen. Es wird ein Teil unserer Kredite sofort vom Land getilgt. Infolgedessen sparen wir Zinsen und die Tilgung der Folgejahre. Das ist eine Chance. Das Risiko liegt in den Landeszuweisung und das Land legt uns Sparzwänge auf. Die Sparzwänge hätten wir aber ohnehin. Wer einen genehmigten Haushalt haben will, muss auch solche Kennziffern erfüllen. Insofern müssen wir, um eine Genehmigung des Haushaltes zu erhalten, diese Kennziffern genauso gut erfüllen, also können wir auch das Risiko eingehen und die Tilgung, die das Land uns anbietet, annehmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, betonte, es gehe nicht darum, die Zinshilfe in Abrede zu stellen. Wir möchten das aber konkret an einem Haushaltsentwurf und ein entsprechendes Konsolidierungskonzept festmachen, damit man konkret nachvollziehen kann, was wir beschließen. Wer die Vorlage liest, werde feststellen, dass das eine oder andere dann als festgezurrert gilt. Man habe dann keine Spielräume mehr und eine Gesamtsumme zu erfüllen, die zu untersetzen ist. Er hätte sie aber gern inhaltlich untersetzt. Es sei normal und üblich, und es müsse zumindest im Mai 2010 ein Haushaltsentwurf, wenn auch mit Ecken und Kanten und strittig, vorgelegt werden. Gleiches gilt für eine Konsolidierungsliste. Die Blut- und Tränenliste ist nur imaginär und nicht verbindlich. Wer sie in den Händen hält, wisse, wie sie untersetzt ist. Die Verwaltung hätte die Möglichkeit, die Stadträte ins Boot zu holen. Es soll ein Haushaltsentwurf, ein Konsolidierungskonzept vorgelegt werden und die Fraktion stimme dem Antrag zu.

Wir sind in der Vergangenheit an manchen Stellen etwas fahrlässig mit unseren eigenen Konsolidierungsbeschlüssen umgegangen, stellte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen,** fest. In Zukunft erwarte er mehr Verbindlichkeiten in den Vorschlägen und Beschlüssen. Insofern gehe er diesen Weg mit. Des Weiteren bedauere er, dass der Haushalt und das Konsolidierungsprogramm noch nicht vorliegen, was a-

ber im Wesentlichen nicht in diesem Haus verschuldet wurde. Er warne davor, Zahlen in den Raum zu werfen und erwarte doch noch einige Debatten, wohin die Reise gehen soll. Die Prüfliste sei so unbestimmt, dass sie im Moment leider nicht weiter hilft.

Auf die Vorlage eingehend, wies **Herr Bähr, FDP-Fraktion**, darauf hin, dass Darlehen mit einer gewissen Fälligkeit genannt werden, die wir nicht unbedingt prolongieren können. Wenn wir das tun würden, nur den ersten und zweiten Posten auf der Liste betreffend sind es 15 Mio. €, die wir dann vergeigen, indem wir sie nicht in die Entlastung hinein bringen. Des Weiteren habe man zwar noch keinen Haushalt, aber wenn wir STARK II auf den Weg bringen, können wir die Ersparnis der Zinsen in den Haushalt einarbeiten, was eine kleine Verbesserung wäre. Daher sollte man dringend und möglichst schnell den Weg gehen. Mit jedem vergangenen Tag gehen auch Zinsen verloren.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bestätigte, im Grunde sei man alternativlos. Wenn das Programm abgelehnt wird, müssen Summen in Bereichen eingespart werden, die schon jetzt hoch im Streit sind. Zum anderen tut es auch dem Stadtrat gut, dann von dritter Stelle den Zwang auferlegt zu bekommen, unser Haushaltskonsolidierungskonzept, was wir in der Vergangenheit vielfach torpediert haben, konsequent umzusetzen. Vor diesem Hintergrund werde auch er für diese Vorlage.

Nochmals zum Thema Haushalt kommend, erinnerte Herr Bönecke daran, schon einmal im Rahmen der Diskussion zur Prüfliste darum gebeten zu haben, dass die Fraktionen tatsächlich auch über den **Rücklauf der Prüfaufträge** aus den einzelnen Dezernaten informiert zu werden. Dies mahne er heute nochmals an. Es mache keinen Sinn, über einen Entwurf zu diskutieren, ohne dass das Konsolidierungskonzept anliegt. Dieses sei aber zwangsläufig an diese Prüfaufträge und deren Ergebnisse gebunden. Deshalb erbitte er ausdrücklich diesen Rücklauf bzw. eine Aussage, wo es hakt und warum die Arbeit im Dezernat II am Haushaltskonsolidierungskonzept nicht weitergehen kann.

In Richtung Land sprach **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ein Lob aus. Bisher ist man es gewohnt, dass alles gestrichen und gekürzt wird. Hier hat das Land ein Programm auf den Weg gebracht, was er von Beginn an als sehr gut bezeichnet habe. Er wünschte sich, dass auch der Bund endlich erkennt, dass die Kommunen nicht nur in den neuen Bundesländern am Ende sind und ebenfalls ein solches Programm auflegt.

Nach Abschluss der Diskussion brachte Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, den **Antrag** von Herrn Schönemann auf **Rückverweisung** an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Abstimmung. Er wurde mit deutlicher Mehrheit **abgelehnt**.

Der Beschlussvorschlag zur Teilnahme der Stadt am Teilentschuldungsprogramm STARK II wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 32:09:00

7.4 Schließung der Sekundarschule "An der Stadtmauer" (Ganztagsschule), Mauerstraße 35, zum 31. Juli 2010 Vorlage: DR/BV/043/2010/V-40

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler führte aus, man vollziehe jetzt die in der mittel- und langfristigen Schulentwicklungsplanung vorgegebenen Standortentscheidungen.

Weil man das Gebäude der Sekundarschule jetzt mit dem Konjunkturpaket II energetisch ertüchtigt, könnte die Frage auftauchen, inwieweit das zusammenpasst. Richtig ist, dass nach der Sanierung dieses Schulgebäudes die Grundschule „Geschwister Scholl“ in dieses Gebäude umziehen wird. Die Bauarbeiten am jetzigen Standort sind folgerichtig im Schulentwicklungsplan.

Im Punkt 3 der Vorlage heißt es, dass das Produktive Lernen in der Mauerstraße bleiben soll, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Er wüsste gern wie lange, welche Schüler gehen wohin, also sprich wie viele, weil das neu sortiert werden soll. Diese Fragen können im Gesundheits- und Sozialausschuss behandelt werden, um auch zu klären, wie sich die Schülersituation in anderen Sekundarschulen entwickelt und wie man auch perspektivisch die Sicherung der anderen Schulen entwickeln kann.

Solange das Projekt Produktives Lernen läuft, wird es dort sein, entgegnete **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Zur Beantwortung der 2. Frage bat er um das Rederecht für **Frau Wendeborn**, Abteilungsleiterin Allgemeine Schulangelegenheiten. Diese erklärte darauf hin, das Projekt laufe vorerst bis 2013. Die größte Anzahl der Schüler geht an die Sekundarschule Kreuzberge, einige an die Sekundarschule „Am Rathaus“ und einige an die Sekundarschule Zoberberg.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

7.5 Schließung des Naturbades Waldbad Dessau

Vorlage: DR/BV/127/2010/V-41

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler führte aus, die ausgereichte Änderung des Beschlussvorschlages seitens des Einreichers habe sich aus der Diskussion der letzten Tage ergeben. Er sei überrascht und erfreut, mit welchem Engagement Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt dazu beitragen wollen, zur Schließung anstehende Einrichtungen weiter am Leben zu erhalten. Es gibt zurzeit ca. 3 ernstzunehmende Interessenten. Wenn gewünscht, würde er das im nichtöffentlichen Teil präzisieren. Diese wären in der Lage, für diese Badesaison einen geordneten Badebetrieb im Waldbad aufrecht zu erhalten, was zu dem ausgereichten Ergänzungsantrag geführt habe:

Die Ergänzung im **Punkt 1** sei eigentlich nur eine Erläuterung. Es soll **eingefügt** werden: „...**als städtische Einrichtung**“. Der **Punkt 2** des Antrages bleibe **unverändert**. Wir machen damit deutlich, dass Einrichtungen, die geschlossen werden, nicht von sich aus verschwinden, denn es bleiben Grundstücke, Immobilien, Verkehrssicherungspflichten und auch Kosten. Man wollte deutlich machen, dass der Punkt 2 innerhalb des Hauses neu geordnet werden muss. Bei dem **Punkt 3** handelt es sich um die **Ergänzung**, um die gebeten werde. Wir bitten aufgrund der fortgeschrittenen Zeit - die Badesaison beginnt eigentlich am 15. Mai und man gehe davon aus, am 1. Juni öffnen zu können - den Oberbürgermeister zu ermächtigen, einen befristeten Pachtvertrag bis zum Ablauf der Badesaison, spätestens am 30.09.2010 abzuschließen. Der **Punkt 4** sei sinnvoll, weil man glaube, eine endgültige Entscheidung über die Zukunft des Waldbades, und es gebe ja viele Entwicklungsrichtungen, sollte dann in der Winterpause gut

vorbereitet mit dem Stadtrat abgestimmt werden, wie das Waldbad langfristig entwickelt werden kann. Deshalb bitte er um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Man konnte der Presse entnehmen, dass es ein Treffen gab, legte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dar. Herr Dr. Raschpichler war dabei, auch einige Stadträte, und Herr Dr. Plettner hat das sehr gut geleitet. Wenn wir das Waldbad nicht schließen wollen, sollte man das auch nicht beschließen, auch nicht, wenn da steht „als städtische Einrichtung“. Deshalb beantrage er, den ersten Beschlusspunkt zu streichen. Man hatte sich dazu verständigt, wegen der Kürze der Zeit jetzt nur für diese Saison einen Betreiber zu finden und kurzfristig zu beauftragen. Ziel müsse sein, als Stadt keinen Zuschuss zur Betreibung für dieses Jahr geben zu müssen. Er bitte dringend, im Kulturausschuss die Betreiberfrage zu behandeln und hatte erwartet, dass es heute konkret sein kann. Dann könnte mit den Punkten 2, 3 und 4, zukünftig 1, 2 und 3 nach seinem Antrag, so verfahren werden.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, erklärte, er sei Herrn Dr. Plettner dankbar. Einen solchen Rettungsschirm für eine solche Einrichtung aufzuspannen, sei eine Tradition, der in Dessau schon vor Jahren gefolgt wurde mit dem Naturbad Mosigkau. Die Bürger des Ortes haben über eine Vereinsbildung die Struktur zur weiteren Betreibung gebildet, was bis heute praktiziert wird und eines der kulturellen Zentren in Mosigkau sei. Dieser Weg werde seitens der Fraktion unterstützt. Deshalb wolle er heute nichts beschließen, etwas zu schließen, sondern die Chance nutzen nach zu verhandeln. Wenn es dann erfolglos ist, müsste man es erneut auf die Tagesordnung setzen. Ansonsten habe es im Moment keinen Sinn darüber abzustimmen.

Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion, schloss sich seinen beiden Vorrednern an und dankte Herrn Schöнемann für das Lob. Er bat Herrn Dr. Raschpichler, den Begriff „schließen“ aus der Vorlage zu streichen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, mit der Änderungsvorlage halte man sich alle Möglichkeiten für den Badebetrieb offen. Darum geht es der Initiative im Ergebnis, die sich in der vergangenen Woche zusammengefunden hat. Am 30.09.2010 ist die Badesaison zu Ende und man habe ein halbes Jahr Zeit, eine tragfähige Lösung zu finden, ohne unseren Haushaltskonsolidierungsbeschluss, den wir schon mal gefasst haben, wieder zu torpedieren. Es sehe unmöglich aus, wenn wir jetzt mit dem Beschluss zu STARK II loslaufen und sagen gleich, der erste Beitrag ist konterkariert. Das sollte man nicht tun. Deshalb findet die Vorlage, wie sie durch den Einreicher in geänderter Form vorliegt, die Zustimmung der Fraktion. Herr Bönecke fragte nach, wer zu dieser Runde eingeladen hatte, die zu diesem Ergebnis geführt hat.

Er wolle dem Vorsitzenden des Finanzausschusses widersprechen, erklärte **Dr. Plettner, FDP-Fraktion**. STARK II sei nicht in Gefahr, ganz im Gegenteil. Dieses Jahr wird genutzt und dann streite man sich, ob Pachtvertrag oder Verkauf. Es werde aber eine höhere Erlössumme in den Haushalt eingebracht. Das Handeln zielt auf die Offenhaltung des Bades, denn sein Spezifikum bestehe leider darin, wenn es ein Jahr geschlossen ist, kann man es abschreiben.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, erinnerte an die Debatte im Kulturausschuss. Als die Vorlage auf dem Tisch lag wurde lange und ausgiebig über die Thematik diskutiert. Es wurde sehr genau abgewogen, was passiert, wenn das Waldbad geschlossen wird und

was passiert, wenn das Bad möglicherweise geöffnet wird, ohne es als Badeanstalt zu nutzen, wenn dort nur die Tore aufgeschlossen werden und die Leute können den Ort betreten. Es gibt viele Gründe, warum das nicht geht. Jetzt zeichnet sich eine Möglichkeit ab, jemanden zu haben, der dort für die Stadt das Bad betreibt. Das ist eine super Chance, die genutzt werden sollte. Wir können aber nicht zwei Betreiber haben, die Stadt Dessau und diesen Betreiber, diesen Verein, der sich bildet und das in die Hand nehmen möchte. Deshalb müssen wir erst einmal den Beschluss fassen und sagen, die Stadt nimmt sich hier heraus. Andernfalls müsse man am Freitag den Badebetrieb aufnehmen, was nicht funktioniere. Deshalb werbe er dafür, diese Vorlage zu beschließen, um freie Hand zu haben, demjenigen, der als Nutzer infrage kommt, die Chance zu geben, dieses Bad über die Saison zu führen. Dann könne man immer noch darüber nachdenken, wie mit ihm oder einem anderen in der nächsten Zeit verfahren wird.

In dieser Sitzung des Kulturausschusses wurde seitens ihrer Fraktion vorgeschlagen, die Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen, legte **Frau Stöbe, Fraktion Die Linke**, dar. Es gab aber allgemeine Zustimmung und sie ist diskutiert worden. Die meisten, die als Retter erscheinen in der MZ und Öffentlichkeit, haben sich entweder enthalten, oder der Vorlage zugestimmt. Man hatte auch in der Diskussion den Vorschlag gemacht, es als Verwaltungsakt zu belassen. Es könne geöffnet werden mit bestimmten Dingen, die die Verwaltung oder die Stadt dort gibt. So, wie es jetzt eigentlich gemacht werden soll. Dieser Part komme in der Niederschrift des Ausschusses übrigens gar nicht vor, obwohl darüber diskutiert wurde. Frau Stöbe sei froh, dass sich jetzt engagierte Bürger gefunden und Druck gemacht haben. Ohne diesen Druck von den Bürgern, die dieses Waldbad nutzen, wäre das auch nicht zustande gekommen. Sie müsse auch Kritik üben, da sie auch nichts von dieser Einladung gewusst hatte. Wenn zu einer Tageszeit von 14.00 Uhr eingeladen wird, müssen sicher auch viele Stadträte passen. Man wisse auch noch nicht, wer derjenige ist, der das betreiben soll. Wir haben keinen Ansprechpartner, keinen Namen, was sie aber noch erfahren wolle. Sie finde es gut, dass es jetzt so auf den Weg gebracht wurde. Man habe aber keine Not, heute so etwas zu beschließen. Man könne auf der Strecke, wie angedacht, weitergehen und war vor 14 Tagen in dem Ausschuss schon weiter.

Herr Schwierz, Fraktion Die Linke, stellte den **Geschäftsordnungsantrag**, jetzt zur Bekanntgabe des möglichen Betreibers **Nichtöffentlichkeit** herzustellen und danach wieder in den öffentlichen Teil zurückzukehren, um über diese Vorlage abzustimmen.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, erklärte, man fange an, sich selbst zu demontieren, indem die Arbeit der Ausschüsse hier komplett neu diskutiert wird. Er danke den beiden Vorrednern für die Darstellung des Sachverhaltes. Es gibt niemanden, der das Waldbad schließen will im Sinne von nicht mehr betreiben, wenn es nicht eine andere Möglichkeit gibt. Warum werden jetzt einzelne Punkte, die bereits in den Fachausschüssen geklärt waren, aufgenommen, neu diskutiert mit Rede und Gegenrede und Mehrfachmeldung? Er ermahnte die Stadträte, in den Ausschüssen entsprechend zu arbeiten und hier entsprechend abzustimmen. Er verweise weiterhin auf die öffentliche Diskussion mit dem Wort Schließung, was absolut ungünstig sei. Man wolle das Bad weiter laufen lassen, aber es soll der Stadt nichts mehr kosten.

Auf die Frage von Herrn Bönecke eingehend, warum das mit den Einladungen nicht geklappt hat, erklärte **Dr. Raschpichler**, er war selbst geladener Gast zu dieser Veranstaltung. Er hatte das Gefühl, es war eine Vor-Ort-Initiative, die durch Herrn Dr. Plettner

mit initiiert war. Eine Einladung seitens der Verwaltung erging nicht. Er glaube weiterhin, dass die Formulierung „Schließung als städtische Einrichtung“ ein wichtiges Signal ist. Auch nicht nur juristischer Natur. Er sei Herrn Hartmann dankbar, dass er genau mit dieser Entscheidung zu einer möglichen Verpachtung den Weg für eine andere Betriebsform geöffnet hat. Der Vorschlag, das jetzt nichtöffentlich abzurunden, wäre eine gute Zäsur, um einiges zu klären. Genau aus diesem Grund seien die Ergänzungspunkte so formuliert worden.

Vor der Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag fragte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** nach, ob Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler Ausführungen mit nichtöffentlichem Charakter machen würde.

Hierauf erklärte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**, wenn es Nachfragen zu seinen Informationen gibt, die nichtöffentlich sind, würde er um die Herstellung von Nichtöffentlichkeit bitten. Dr. Raschpichler berichtete, auch im Ergebnis des Vor-Ort-Gespräches haben sich bis zum heutigen Tag 7 interessierte Bewerber im Amt vorgestellt. Man habe gestern und heute gemeinsam mit dem Rechtsamt, dem Zentralen Gebäudemanagement und dem Sportamt Gespräche geführt. Auch in Schriftform sind 7 Bewerbungen eingegangen. Die Zielrichtung der Bewerbungen ist unterschiedlich. Es gab eine Kaufoption, das Ziel einer zeitweiligen Betreuung, also ein ganz unterschiedliches Spektrum. Das habe man zum Anlass genommen, im Vorfeld der Gespräche Kriterien festzulegen, die ein möglicher Investor in diesem Zeitraum erfüllen müsste. Die Interessen waren unterschiedlich gelagert. Man habe deutlich gesagt, es gehe um eine befristete Sicherung des Badebetriebes bis zum Ende der Saison. Der Stadtrat wolle mitreden, ob es langfristig verpachtet, verkauft oder überhaupt als Badeeinrichtung betrieben werden soll, oder hat die Stadt ganz andere Entwicklungsoptionen an dem Standort. Dann habe man gesagt, es gibt für die Zeit der Betreuung nicht einen Cent städtischen Zuschuss. Im Gegenteil, die möglichen Interessenten steigen in den Badebetrieb ein, wie es steht und liegt, und kommen für alles, was ab 1. Juni bis 30. September zu sichern ist, auf. Wenn man nachrechnet, sei das schon ein Stück Konsolidierung. Man habe diese Prämissen mit allen Bewerbern besprochen. Es liege jetzt ein Vertragsentwurf vor. Der Vertragsentwurf werde in der nächsten Dienstberatung des Oberbürgermeisters vorgestellt. Die nächsten Tage wolle man nutzen, um zu sehen, welcher der Bewerber diesem Vertragsentwurf am nächsten kommt. Dann werde man am Montag auch zu einer Empfehlung kommen. 3 Interessenten von den 7 sind in der engeren Wahl. Dr. Raschpichler plädierte noch einmal dafür, den Weg freizugeben, befristet die Verpachtung zu sichern. Es werde alles vertraglich geregelt. Nach dem Ende der Badesaison soll gemeinsam eine langfristige Entscheidung zum Standort Waldbad herbeigeführt werden. Wenn es um Namen von Interessenten geht, bitte er um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Der **Geschäftsordnungsantrag** zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit, um nichtöffentliche Fragestellungen und Sachverhalte zu diskutieren, und danach wieder Öffentlichkeit herzustellen, wurde mehrheitlich **abgelehnt** (11:26:05).

In der öffentlichen Verhandlung des Tagesordnungspunktes fortfahrend, legte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dar, er könne mit den von Herrn Dr. Raschpichler gemachten Ausführungen leben. Er bitte darum, die Entscheidung der OB-Dienstberatung im Kulturausschuss vorzulegen. Dieser finde zeitnah statt, so dass es keinen Verzug geben dürfte.

Wenn heute dem Änderungsantrag gefolgt wird, werde der Oberbürgermeister gemeinsam mit den Dezernenten am Montag eine Entscheidung treffen, erwiderte **Herr Dr. Raschpichler**. Der Kulturausschuss ist ein beratender Ausschuss, weshalb er um Einhaltung der Formalien bitte. Man werde gern informieren, wie die Entscheidung ausgegangen ist. Jeder Tag, der bis zum 1.6.2010 verstreicht, fehle auch einem möglichen Betreiber. Insofern bitte er um Verständnis, uns auch ein Stück mit in die Verantwortung zu nehmen mit einem Vertrauensvorschuss.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, erklärte, man hatte den Antrag auf Herstellung der Nichtöffentlichkeit deshalb gestellt, weil man schon einmal über die Schließung eines Bades und die private Betreuung gesprochen hatte. Nach dieser Beschlusslage hatte dann die Bevölkerung in Dessau Nord keinen Zugang mehr zu dem Freibad, sondern nur die Vereinsmitglieder. Genau aus diesem Grund hat uns interessiert, was dort geplant ist und deshalb wurde der Antrag auf Herstellung der Nichtöffentlichkeit gestellt, was sie deutlich für das Protokoll sagen wolle.

Er hatte bei den Vertragskriterien eine Festlegung unterschlagen, nämlich dass der öffentliche Badebetrieb durch den Betreiber sicherzustellen ist, entgegnete **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**. Man wolle kein Vereinsbad, zu dem andere keinen Zugang mehr haben.

Vor der Abstimmung verlas **Herr Dr. Exner** die zur Entscheidung stehenden Beschlusspunkte.

Der Stadtrat fasste den Beschluss zur Vorlage in der durch den Einreicher geänderten Fassung mit folgendem (*neuen*) Wortlaut:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau schließt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung das Waldbad Dessau *als städtische Einrichtung* zum 15. Mai 2010.
2. Ist eine private oder anderweitige Betreuung des Waldbades Dessau nicht möglich, wird geprüft, ob es durch das Amt für zentrales Gebäudemanagement mit entsprechenden Veränderungen im und am Gesamtareal als öffentliche Naherholungsanlage mit Bademöglichkeit erschlossen werden kann.
3. *Sollte sich für die Sicherung des Badebetriebes in der Saison 2010 ein geeigneter Pächter für das Waldbad Dessau finden, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, mit diesem einen bis zum 30.09.2010 befristeten Pachtvertrag abzuschließen.*
4. *Über die weitere Perspektive des Waldbades entscheidet der Stadtrat bis spätestens 01.03.2011.*

Abstimmungsergebnis: 40:00:02

7.6 Kundenbefragung in der Anhaltischen Landesbücherei Dessau

Vorlage: DR/BV/097/2010/V-41

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

7.7 Fortschreibung der "Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Kosten für die Unterkunft und Heizung (KdU-RL)"
Vorlage: DR/BV/106/2010/V-50

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

7.8 Gründung eines Eigenbetriebes zum Betrieb der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/099/2010/V-51

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler merkte an, man könne sehr froh sein, jetzt einen langen Prozess einem guten Ergebnis zuführen zu können. Man schlage heute einen Eigenbetrieb zur Gründung vor, der mit den Einrichtungen der freien Träger unserer Stadt völlig gleichstellt ist. Diese wichtige Forderung sei umgesetzt worden. Mit der Gründung dieses Eigenbetriebes könne man bereits jetzt einen erheblichen und belastbaren Konsolidierungsbeitrag für unser Konsolidierungskonzept nachweisen. Es sei sicherlich noch nicht das, was wir langfristig von diesem Eigenbetrieb erwarten, aber es ist ein guter Anfang und es werde uns gut zu Gesicht stehen, wenn sich in einem Konsolidierungskonzept dieser Baustein wieder findet. Als Leiter der Projektgruppe zur Gründung des Eigenbetriebes sprach Herr Dr. Raschpichler allen, die mitgeholfen haben, seinen Dank aus. Es war oft nicht einfach und es gab zähes Ringen. Vor allem der künftigen Leiterin, die wesentlich die Arbeit der Projektgruppe begleitet hat, wolle er den Dank aussprechen.

Die beiden zu beschließenden Punkte sollten getrennt abgestimmt werden, beantragte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Begründend legte er dar, es sei letztendlich eine politische Entscheidung, in welche Richtung man gehen will. Seine Präferenz sei der Eigenbetrieb nie gewesen. Trotzdem wolle er dem 2. Beschlusspunkt zustimmen, weil dieser sauber gearbeitet und vernünftig dargelegt ist. Wenn man einen Eigenbetrieb wolle, habe man hier ein Konzept, das dass untersetzt. Er wolle auch seine Ablehnung zum 1. Punkt, die prinzipieller Natur ist, dokumentieren dürfen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, brachte den **Geschäftsordnungsantrag** auf getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2 zur Abstimmung. Dieser wurde mehrheitlich **abgelehnt** (04:36:02).

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:07:04

7.9 Bestellung der Betriebsleiterin für den Eigenbetrieb "Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa"
Vorlage: DR/BV/103/2010/V-51

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, gab zur Kenntnis, dass die in der Vorlage als zu bestellende Betriebsleiterin genannte Frau Eberle jetzt verheiratet ist und Frau Rach heißt. Sie ist auch anwesend.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler bat um die entsprechende Textänderung im Beschlussvorschlag. Die künftige Betriebsleiterin soll **Frau Doreen R a c h** sein.

Frau Doreen Rach wurde als Betriebsleiterin für den Eigenbetrieb „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten – DeKiTa“ zum 01. Juni 2010 bestellt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:07

Der Vorsitzende des Stadtrates und der Oberbürgermeister gratulierten Frau Rach und wünschten ihr alles Gute für ihre Tätigkeit.

7.10 Bestellung eines Vertreters der Beschäftigten und dessen Stellvertreters für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes "Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten - DeKiTa"
Vorlage: DR/BV/101/2010/V-51

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, legte dar, er wolle folgende Punkte im Protokoll ausgewiesen haben.

1. Der Eigenbetrieb nach Gründung muss eine neue Personalvertretung bestellen. Diese soll dann unmittelbar nach Beschlussfähigkeit auch ihre Vertreter für den Eigenbetriebsausschuss bestellen, denn im Moment habe man einen Vorschlag des Personalrates der Stadt Dessau-Roßlau auf den Tisch. Das mögen nachher dieselben sein, aber es müssen letztendlich die Vertreter der Beschäftigten des Betriebes sein und das sollen die Beschäftigten auch selber vorschlagen und festlegen.
2. Der Eigenbetriebsausschuss ist nur mit Beschäftigten und Betriebsleitung nicht arbeitsfähig. D.h. es müsse eine Vorlage auf den Tisch, in der die Ratsmitglieder mit bestellt werden. Das sei dringend nachzuholen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass diesbezüglich keine Vorlage notwendig ist, da die Mitglieder seitens der Fraktionen benannt werden. Dann fordere er die Fraktionen auf, Mitglieder zu benennen, damit man arbeitsfähig werden kann, erwiderte **Herr Giese-Rehm.**

Der Stadtrat sprach die Bestellung von Frau Andrea Zeugner als Vertreterin der Beschäftigten für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes „Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten – DeKiTa“ aus. Als ihr Stellvertreter wurde Herr Heiner Schulze bestellt.

Abstimmungsergebnis: 33:10:07

7.11 Beschluss über die Satzung über die Nutzung der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/102/2010/V-51

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf Seite 6 der Vorlage, wo man die ausdrückliche Streichung der Elternbeteiligung findet. Auf Nachfrage bei Frau Rach habe diese darauf verwiesen, man habe im Kinderförderungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt klar bestimmt, in welchem Bereich die Eltern zu beteiligen sind und zwar von allen Trägern.

Es sei wichtig zu betonen, dass auch im Eigenbetrieb die Eltern nicht von der Beteiligung ausgeschlossen sind und das wolle er auch an die Kuratorien transportiert wissen, erklärte Herr Giese-Rehm. Danach wäre auch im Eigenbetriebsausschuss zu handeln. Es könne nicht sein, im Eigenbetrieb zukünftig ohne die Beteiligung der Eltern über die Kuratorien zu verfahren. Natürlich greife die Elternbeteiligung auch weiterhin.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:08

7.12 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und Entgelten für die Benutzung der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/100/2010/V-51

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:07

7.13 Beschluss zur Bewilligung von Fördermitteln für das IBA-Projekt "Sanierung Kavalierstraße 63 - 69" aus dem Programm Stadtumbau Ost Programmjahr 2009
Vorlage: DR/BV/076/2010/VI-60

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.14 Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/051/2010/VI-60

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, in der Vorlage gehe es im Wesentlichen um Ausgleichsmaßnahmen. Die Legende in dem der Vorlage anhängenden Plan weist einen schmalen grünen Streifen als Waldpark, als zentralen Grünzug aus. Wenn er das aus einer Begehung richtig in Erinnerung habe, war dieser deutlich länger.

Herr Schmieder, Leiter Amt 60, erwiderte, in der Vorlage ging es um die Maßnahmen, die jetzt noch zur Ausführung kommen. Der von Herrn Giese-Rehm angesprochene Teil sei im vergangenen Jahr schon realisiert worden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.15 Modifizierung Maßnahmebeschluss: Grunderneuerung
Kühnauer Straße
Vorlage: DR/BV/189/2010/BL/Gr**

Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, legte dar, der Bauausschuss hatte in seiner Sitzung am 15.4.2010 das Thema schon einmal auf der Tagesordnung und wurde sehr lange diskutiert. Die Diskussion um die Erneuerung der Straße währte, was die Beteiligung der Anwohner betrifft, relativ lange. Eigentlich gab es schon in dem Planfeststellungsverfahren für die damalige Bahnhofstraße eine Ansage, dass in diesem Straßenabschnitt etwas passieren muss, weil dort der ganze Bundesstraßenverkehr durchgeht. Die Planfeststellungsbehörde folgte den Anregungen der Bürger damals nicht. Insofern kam der Bürgerprotest im Nachhinein zu Recht. Die Fraktionen haben einheitlich unterstützt, dass diese Straße jetzt grundlegend ausgebaut werden muss. Die Finanzierung ist jetzt auch gegeben. Nun kam die konkrete Ausführung.

Es geht in der Vorlage jetzt nicht darum, die Straßenbaumaßnahme grundsätzlich infrage zu stellen, zu torpedieren oder zeitlich zu verzögern. Die Belastung, die durch die Lkw vorhanden und den unzumutbaren Straßenverhältnissen geschuldet ist, sei unerträglich und bedarf einer Abhilfe. Die Frage sei allerdings, wie man es macht. Muss, um diese Straße auszubauen, die eine sehr große Dimensionierung und großzügige Nebenanlagen hat, deswegen die Baumreihe gefällt werden. Nach der Ortsbegehung in der letzten Woche sage er, das müsse nicht sein. Man könne z. B. die Straßenbreite reduzieren und durch einen kombinierten Geh- und Radweg auch dafür sorgen, dass die Eingriffe in den Wurzelbereich nicht so deutlich sind, um die Baumreihe erhalten zu können.

Die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen habe die Vorlage auf die Tagesordnung des Stadtrates gebracht, weil es weitere Alleen gibt, die unmittelbar in dem gleichen Dilemma stecken, erklärte Prof. Schmidt. In der Ebertallee ist im Zuge des Umbaus der Meisterhäuser auch geplant, die Fuß- und Radwege zu erneuern. Wenn wir mit dem gleichen Argument und den gleichen Prinzipien weiter arbeiten wie bisher, wird es dort in einem $\frac{3}{4}$ Jahr keine Ebertallee mehr geben, zumindest die Lindenreihe ist akut gefährdet. Das gleiche betrifft die Elballee, auch diese ist im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm immer wieder diskutiert worden, auch dort stehen Linden und die Straße ist relativ breit für heutige Straßenverhältnisse. Auch dort müssen andere Lösungen gefunden werden, um diesen Schatz, nämlich die Linden in diesen Siedlungsgebieten zu erhalten. Die Stadt sagt immer von sich, sie ist die Bauhausstadt im Gartenreich. Er denke, da gehört dann auch die Lindenallee dazu. Insofern bat er darum, dem Antrag zu folgen und der Verwaltung den Auftrag zu geben, den Erhalt der Lindenallee als Bestandteil der Planung einzuarbeiten.

Herr Beigeordneter Hantusch erklärte, nachdem durch die Bürgerproteste erkannt wurde, dass Handlungsbedarf besteht, habe die Verwaltung sofort gesagt, das machen wir. Es wurden Finanzierungsmaßnahmen gesucht, mit dem Landesverwaltungsamt und mit dem Ministerium gesprochen und Finanzierungswege aufgemacht. Das habe ein bisschen gedauert, aber die Zusage an die Bürgerinitiative war von vornherein da, dass seitens der Verwaltung alles möglich gemacht wird, um diesen Zustand zu beseitigen. Es wurden Planungen vorgenommen, auch von Straßenplanern, die von diesem Fach etwas verstehen. Im Bauausschuss wurde mehrmals wiederholt, dass jeder Baum in Dessau-Roßlau heilig sei. Man prüfe jeden Baum, der gefällt wird. In jede Planung

des Fachamtes wird das Umweltamt einbezogen. Auch an den Sieben Säulen habe sich bei den Baumfällungen gezeigt, dass die Bäume sowieso weg mussten. Auch diese Maßnahme sei im Grunde bestätigt worden durch den Fachausschuss. Weiterhin habe sich bestätigt, dass einige Bäume schon angegriffen waren. Nunmehr müsse er aufgrund des Zeitungsartikels mit Befremden feststellen, nachdem sich der Bauausschuss intensiv mit diesem Maßnahmebeschluss befasste, auch mit einem Änderungsantrag, der letztendlich abgelehnt wurde, ist von der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen eine Vor-Ort-Besichtigung mit den Bürgern gemacht worden.

Zu der Aussage von Herrn Giese-Rehm über Verbindlichkeiten in den Beschlüssen führte Herrn Hantusch weiter aus, man habe einen bestehenden Bauausschussbeschluss. Das ist das Fachgremium. Zu der Aussage von Herrn Puttkammer: Beschlüsse der Fachausschüsse nicht demontieren. Er habe auch im Bauausschuss wiederholt gesagt, es sei nicht mehr hinnehmbar, wie die Verwaltung beauftragt wird, ständig neue Änderungen bei bestehenden Beschlüssen entgegenzunehmen. Wir bauen Personal ab und können uns das nicht mehr leisten. Man könne sich das nur dann leisten, wenn wir diese Planung in die Länge schieben. Dann müsse er lesen, wir bauen eine Rennstrecke, warnte Professor Schmidt, dann müsse er fragen, wird hier mit Ängsten und Gefühlen bewusst gespielt. Er kenne Herrn Professor Schmidt, so dass er glaube, dass er es nicht macht. Und doch ist es anzumerken, weil wir hier keine Rennstrecke bauen. Das einzige was wir machen, wir wollen den Bürgern an der Kühnauer Straße helfen, indem wir den Straßenbelag ändern. Darüber hinaus habe sich herausgestellt, dass der Bürgersteig auf einem Teilstück auch mit gemacht werden muss und dadurch die Bäume wegfallen.

Wir haben in 2006 diese Bäume prüfen lassen. Dabei ist heraus gekommen, dass von den 30 Bäumen 19 Bäume Pflegestufecharakter haben und stark gefährdet sind, so dass sie im Grunde auch nicht mehr lange überleben. Sobald man an die Wurzel gehe, auch das wisse jeder, der sich damit auskennt, werden diese Bäume auch nicht mehr lange überleben.

Die Veränderung der Planungen würden Schmidts Schätzungen zufolge eine Woche dauern und müssen nicht zu Bauverzögerungen führen. Wenn jemand solange im Bauausschuss ist, wisse er, dass das genau nicht der Fall sein wird. Schlussfolgernd sage er, der Bauausschuss habe sich darauf verständigt. Die Verwaltung hat einen Auftrag bekommen am 15.4.2010. Darauf habe die Verwaltung reagiert und die Ausschreibung am 30.04.2010 herausgegeben. Das gleiche Verfahren wie bei den Sieben Säulen. Man habe eine gegenläufige Beschlusslage, der Oberbürgermeister musste hier Widerspruch einlegen, die Planungen werden verzögert. Das gleiche drohe hier auch und es drohe noch mehr. Wenn nämlich heute dieser Beschluss gefasst wird, ist die Realisierung in 2010 nicht mehr möglich, der Oberbürgermeister wird möglicherweise den Maßnahmebeschluss aufheben, weil er den gleichen Charakter hat, wie an den Sieben Säulen. das Genehmigungsverfahren des Landesverwaltungsamtes für die Bundesstraße steht in Frage, wir kommen zu deutlichen Verteuerungen, die das Finanzierungskonzept nicht mehr greift, auch haben wir hohe Risiken bei den Vergaben, weil es letztendlich hier nicht zu einer maßgeblichen Änderung der Planungen geführt hat und letztendlich zum Vergabebeschluss. Er glaube nicht, dass man das will und den Bürgern zumuten will, weiterhin an dieser Straße zu wohnen, um Bäume, die stark gefährdet sind, zu erhalten. Darum bitte er, sich das gut zu überlegen. Die Bürger an der Kühnauer Straße haben es verdient, nach diesem 1 Jahr wieder ruhig schlafen zu können.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, legte dar, Herrn Hantusch habe alles ausgesprochen, was er auch sagen wollte. Er war auch in der Ausschusssitzung anwesend. Wenn Einzelpersonen versuchen, einen Beschluss der mit einem Stimmenverhältnis von 8:1:0 gefasst wurde, auszuhebeln, finde er das unfair und undemokratisch.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Hantusch, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an, dies sei genau die Tour mit Ängsten zu spielen, die man hier nicht haben wollte. Im Plan seien nicht 19 Bäume, die gefällt werden sollen, sondern die ganze Baumreihe, 30 Stück. Er habe die Sieben Säulen angesprochen. Der Beschluss des Bauausschusses war von anderen Voraussetzungen ausgegangen und das Baudezernat habe anders gefällt. Wenn man das in Beziehung setzt, gibt es kritisches Nachdenken.

Des Weiteren würden die Bäume in diesem Jahr allenfalls im November gefällt. D.h. eigentlich habe man auf der Seite überhaupt kein Problem. Man könne in den nächsten Wochen überlegen, was die richtige Variante ist und durchaus mit dem Bau beginnen, denn man werde nicht auf beiden Seiten gleichzeitig bauen, damit der Verkehr fließen kann. Außerdem habe man es nicht mit einem grundhaften Neuausbau zu tun, sondern die Fahrbahn wird abgefräst und man gehe nicht in den Wurzelbereich.

Die Variante zur Erhaltung der meisten Bäume wäre, dass man den derzeitigen überbreiten Fußweg zu einem kombinierten ausprofilierten Fuß- und Radweg in der gleichen Aufweitung schafft. Der jetzige Radweg, der sowieso weg soll, würde aufgehoben und zur Grünfläche profiliert werden können. Das sei von der Hermann-Köhl-Brücke kommend, genau am Anfang der Kurve bis zur Brauereistraße schon passiert. Man würde also an diesem Punkt bis zur Oechelhaeuser Straße diese Gestaltung aufnehmen: Straße, Bord, Grünstreifen und dann Rad- und Fußweg. Dann hätte man mit den Bäumen auch kein grundsätzliches Problem. Die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen habe auch kein Problem, dass gefährdete Bäume, natürlich mit Nachweis, gefällt und ersetzt werden. Dann aber in einem ordentlichen Pflanzloch, damit die Bäume die Chance haben, so groß zu werden, wie sie jetzt sind, was viele Straßenbäume bei uns heute nicht mehr haben. Die Sorge der Anwohner, dass es jetzt nicht zu einer Bauverzögerung kommt, sei deutlich in dem Gespräch vor Ort angesprochen worden. Allein dadurch, dass man an die Bäume jetzt nicht herankomme, sollte man aber die Zeit nutzen darüber nachzudenken, ob man es nicht besser machen kann. Und man könne das in der Stadt besser machen. Es müsse nicht als erste Voraussetzung für Tiefbauplanung erst einmal Tabula Rasa geschaffen werden. Er wünsche, dass ein Bewusstsein greift, zunächst zu planen, alle Bäume, die erhaltenswürdig und -möglich sind, auch zu erhalten.

Dass in der Kühnauer Straße gerast wird, konnte man beobachten. Wir bauen die Rennstrecke schön glatt, damit es für die Raser nicht mehr so holprig wird. Deshalb sollte dort ein stationärer Blitzer eingeplant werden, um das möglichst zu begrenzen. Man habe an einer Stelle eine Fahrbahnverengung. Mit solchen Dingen könne man auch was gestalten, damit der Verkehrsfluss nicht behindert und das Rasen möglichst unterbunden wird.

Herr Weber, CDU-Fraktion, bemerkte an Herrn Pätzold gewandt, sein Fraktionskollege Puttkammer habe vorhin gesagt, haltet euch an die Ausschüsse. Aber so wie die Reaktion war, sage er, oberstes Organ bleibt der Rat. Wenn man in einem Ausschuss die Mehrheit nicht bekommt, ist es legitim sich an den Stadtrat zu wenden. Die Gemeinde-

ordnung sage nicht, alles was im beschließenden Ausschuss war, darf nicht mehr im Stadtrat beschlossen werden, denn alle 50 Stadträte müssen die Verantwortung tragen. Er habe vor der Sitzung noch zu Herrn Prof. Schmidt gesagt, dass er für die Vorlage ist und er fand vieles von dem von Herrn Hantusch Gesagten bedenkenswert. Aufgrund des nochmaligen Austausches der Argumente habe er neu darüber nachdenken müssen. Das allein habe ihm gezeigt, es ist sehr wichtig, auch nach Beschlüssen in den Ausschüssen, hier im Rat, dem eigentlichen Beschlussorgan, sachlich und sauber zu diskutieren. Das ist demokratisch, denn das demokratische Vertretungsorgan ist der Stadtrat und nicht der Ausschuss.

Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, wies darauf hin, dass alle wissen, wie Zeitungsartikel entstehen und dass in der Regel mehr gesagt wurde, als dann in den Artikeln geschrieben wird. Insofern könne man da nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Es bleibe aber zu konstatieren, dass die jetzt vorgeschlagene Lösung aus seiner Sicht nicht in die Bauhausstadt im Gartenreich Dessau-Wörlitz gehört, wo man alle Alleen fällt. Das sei eine Frage, mit welcher Qualität die Stadt sich künftig schmücken möchte. Da er andernorts tätig ist, habe er die Gelegenheit, viele andere Städte zu sehen und andere Diskussionen zu erleben. Durch diesen Abstand werde an bestimmten Stellen einfach das Bewusstsein für Qualitäten viel schärfer. Es sei die Aufgabe des Stadtrates, heute richtig zu entscheiden, ob der Stadtrat möchte, dass das Baumfällen z. B. der Kühnauer Allee weiter geht oder es vernünftige Lösungen gibt, die auf dem Tisch liegen. Er habe bereits die Ebertallee angesprochen, was das nächste Thema sein werde, was hochkommen wird. Hier sei die Erwartungshaltung an die Verwaltung, dass man, bevor solche Planungen angeschoben werden und sie in die Beschlussgremien gehen, andere Lösungen findet. Insofern wolle er, dass sich jeder Stadtrat eine Position erarbeitet. Wenn die Mehrheit der Stadträte der Meinung ist, dass ihnen die Alleen schnuppe sind, dann sei es so.

Herr Beigeordneter Hantusch bestätigte das von Herrn Weber Gesagte. Das oberste Organ ist der Stadtrat. Es sei aber doch so, dass Maßnahmebeschlüsse im Bauausschuss gefällt werden. Wenn die Entscheidung gefällt worden ist, hat die Verwaltung im Regelfall grünes Licht und schreibt aus. Er habe auf die Gefahr aufmerksam gemacht und auf mehrere Punkte in der Einführung verwiesen, u. a. dass wir hier keine Rennstrecke bauen. Wie Herr Giese-Rehm selbst sagte, fräsen wir ab und machen etwas Neues darauf. Also sei eine Rennstrecke bauen vom Terminus nicht richtig. Wenn wir aber diesen Weg gehen, binde man sich rechtlich, was alle akzeptieren müssen. Wenn jetzt ein anderer Beschluss gefasst werde, habe man eine neue rechtliche Lage, die zu bewerten ist. Diese führe im Kern letztlich dazu, dass der Oberbürgermeister Widerspruch einlegen muss, weil es konkurrierende Beschlüsse sind, die Auswirkungen haben auf die Finanzierung. Das müssen die Stadträte bei ihrer Entscheidung sehen. Deshalb sage er, sein Wort bei den Bürgern der Kühnauer Straße soll gelten. Er stehe zu seinem Wort und bitte die Stadträte den Bürgern zu helfen.

Ergänzend erklärte **Oberbürgermeister Koschig**, man hatte eine gut vorbereitete und durchgeführte Versammlung mit den Anwohnern, wo man intensiv über die Bäume diskutiert hatte. Er hatte das Gefühl, dass die Anwohner den fachlichen Vorträgen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter folgen konnten, durchaus bedauernd, die Bäume hinnehmen zu müssen, aber es sei nicht so, dass dort keine Bäume gepflanzt werden, sondern es werde wieder eine Allee entstehen. Bezüglich der Rennstrecke werden regelmäßig Kontrollen durchgeführt. Er habe die Protokolle der Beratung mit den Anwoh-

nen sehr genau angesehen. Es ist dort kein signifikantes Verhalten erkennbar, dass es eine Rennstrecke ist. Aufgrund des momentanen Zustandes der Straße, habe man das Gefühl, dass die Autos schneller fahren, aber es ist nicht zu erkennen, dass mehr als an jeder anderen Stelle unserer Stadt zu schnell gefahren wird. Es sei auch nicht zu erwarten, dass sich dieses Verhalten nach Erneuerung der Fahrbahn ändert. Herr Koschig unterstrich, was Herr Hantusch gesagt hat, man warte auf uns und es müsse gehandelt werden, damit der Krach und die Schwingung aufhören.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, der Vorschlag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen ist nachdenkenswert. Er fragte Herrn Hantusch, wann die Bäume gefällt werden können, um Baufreiheit zu schaffen.

Die Bäume können gefällt werden, wenn man die Sondergenehmigung des Umweltamtes habe, die beantragt wurde, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Er habe sich diese Allee auch noch einmal angeschaut, legte **Herr Bönecke** weiter dar. Diese habe in den Bereichen Einmündung Ziebigker Straße und Oechelhaeuser Straße tatsächlich einen Stadt prägenden Charakter. Es gebe Städte, die Förderprogramme auflegen, um ihr Mikroklima zu verbessern. Da rede man über Millionen für Dachterrassen, Straßenbegrünung usw. Man habe in der Stadt das Glück, über solche alten Alleen im Innenstadtbereich zu verfügen und man wolle diese jetzt, ohne über einen solchen Antrag ernsthaft nachzudenken, aufs Spiel setzen, was er eigentlich nicht möchte. Aus diesem Grund werde er dem Antrag heute zustimmen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, niemand wolle die Baumaßnahme verzögern, auch die Anwohner und der Einreicher nicht. Trotzdem ist diese Allee erhaltenswert und er nehme dem Gutachter die Einschätzung der Vitalität der Bäume nicht ab, zumindest nicht so, dass sie in den nächsten 10 oder 15 Jahren schon abgängig sind. Er habe bereits im Bauausschuss ein Beispiel angeführt, dass er in der gleichen Allee 1975/76 von zwei großen Linden, die die Gehwegplatten komplett angehoben hatten, armstarke Wurzeln entfernt hatte. Diese Linden stehen heute noch und blühen. Insofern ist der Vorschlag überdenkenswert, in diesem Bereich, in dem wirklich nicht viel fußläufiger- und Radfahrverkehr stattfindet, einen kombinierten Rad-/Fußweg anzulegen, damit sogar die Ausbaugrößen zu verringern, Kosten zu sparen, den Bäumen mehr Lebensraum zu geben und die wenigen Wurzelkorrekturen, die man machen muss durchzuführen. Wenn wirklich ein Baum eingeht, dann pflanze man den nach, aber 99 % der Bäume werden das überleben. Auch im Sinne der Anwohner, die sich dafür genau so stark machen, wie für den Ausbau der Straße, habe man damit etwas gekonnt.

Zum Antrag schlage er aber vor, dass Prof. Schmidt den Punkt 2 a) Reduzierung der Fahrbahnbreiten auf ein stadtverträgliches und verkehrstechnisch notwendiges Maß streicht. Man sollte bei der beschlossenen Ausbaubreite bleiben, weil sie notwendig ist, da dort ein starker Parkverkehr ist und man eine zweite Fahrspur brauche, um die Durchgängigkeit zu haben. Es ist eine Bundesstraße. Hier sollte man bei der Beschlusslage des Bauausschusses bleiben. Aber man verpflichte die Verwaltung, noch einmal den Vorschlag zu überdenken, in diesem Bereich durch einen kombinierten Rad- und Fußweg die Linden zu erhalten, damit größeren Lebensraum für die Bäume zu schaffen, mit der Festlegung, die Bauzeiten nicht zu verlängern. Hier, müsse er sagen, hat Herr Hantusch ein Drohpotential aufgemacht. Was er vorher uns vorgeworfen hat,

habe er jetzt gemacht. Er droht damit, dass das Ganze total in Frage gestellt ist, die Ausschreibung läuft. Man könne die Ausschreibung nach dem Ergebnis vergeben. Die Mengen, die sich verändern, können nachverhandelt werden.

Erwidernd erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch**, es sei richtig, dass die Methode immer greife. Es sei immer möglich, hemdsärmelig ranzugehen und zu sagen, na gut, dann verhandeln wir eben mit den Unternehmen nach. Dann sei man aber auf Gedeih und Verderb auf diese Unternehmen angewiesen. Dann bestimmt es die Preise, was genau das sei, was den Oberbürgermeister veranlasst, Widerspruch einzulegen. Auf einen weiteren Punkt eingehend - den kombinierten Rad- und Fußgängerweg - betonte Herr Hantusch, man habe sich das auch nicht einfach gemacht, in die heutige Stadtratssitzung zu gehen. Man habe öfter geplant. Wir müssen an dieser Stelle konstatieren, dass man es nicht mit einer Anliegerstraße zu tun habe, sondern mit einer Bundesstraße. Die einzige Möglichkeit wäre, indem man in der Tat den Fußweg so lässt und den Radweg auf die Straße verschwenkt. Das würde aber ein erheblich höheres Gefahrenpotential für die Radfahrer bedeuten. Da dort auch ein Kindergarten ist, wolle er nicht, dass jemand zu Schaden kommt. Man müsse jetzt eine für den Fördermittelgeber auch schlüssige Planung auf den Tisch legen und diese auch mit dem Landesverwaltungsamt abstimmen. Jetzt mitten im Verfahren die Pferde zu wechseln, funktioniere nicht mehr. Man habe sich alles gut überlegt. Er sage nicht, dass man nicht einen gefassten Beschluss modifizieren könne, es gebe aber eigentlich keine Alternative zu dieser Planung. Die Planung ist durch das Fachgremium, den Bauausschuss, gegangen. Man habe sich darauf verlassen und die Ausschreibung gemacht. Er sehe hier erhebliche Kostenmehraufwendungen und nicht Kostenreduzierungen.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, führte aus, wer ihn kenne wisse, dass er es sich nicht leicht macht, wenn es um die Frage geht, Bäume fällen zu lassen oder Substanzen, die unter Denkmalschutz stehen, leichtfertig aufzugeben. An dieser Stelle habe er aber eine andere Ansicht. Man habe es nicht nur mit dem erwähnten Straßenbau zu tun, sondern auch mit dem Tiefbau. Parallel zu dem Straßenbau werde die DVV dort Leitungen verlegen. Jeder, der das Leben eines Baumes kennt, wisse, dass das auch im Wurzelbereich dabei Eingriffe gibt. Genau dort liegen diese Kabel bzw. die Gasleitung. An dieser Stelle wird im Wurzelbereich Schaden genommen werden. Da 2/3 der Bäume geschädigt sind, wird es in dieser Allee zu Ausfällen kommen. Irgendwann werde die Allee nicht mehr homogen sein, sondern Zahnلücken bekommen. Er könne aus gestalterischen Gründen nur empfehlen, diese Straße so auszubauen, dass sie für die Stadt auch eine gestalterische Optik bekommt, gerade diesen Alleecharakter aufzuwerten. D.h. Straßenbau und auf dieser Seite diese Bäume neu zu pflanzen, wo sich die Wurzeln ausbreiten können und wo nicht gleich wieder wegen Kabelführungen und dergleichen in das Wurzelwerk eingegriffen werden muss. Man habe hier die Chance, diese Allee auch zu reparieren. In ein paar Jahren werde kein Mensch mehr merken, dass große Baumunterschiede sind. Dann habe man wieder eine Allee, die ein grünes Netz über diese Straße wirft und zwar auf beiden Seiten gleichmäßig.

Die Fraktion gehe auf den von Herrn Otto gemachten Vorschlag ein, aus dem Beschlusspunkt 2 den Punkt a herauszunehmen, erklärte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Man bestehe aber auf die Erhaltung der Lindenallee. Hier wäre der Punkt mit dem Rad- und Fußweg nochmals zu überlegen. Es wurde jetzt ein 2,35 m breiter Radweg geplant, den kein Mensch brauche. Es werde extra ein Sicherheitsstreifen Richtung Straße gebaut, den man nicht braucht, wenn dort kein Radweg

ist. An der gleichen Bundesstraße wurde das, was er vorgeschlagen hat, schon gemacht, nämlich die Kombinierung Rad- und Fußweg. Bei der Nutzungsquote besteht dort absolut keine Gefährdung, was die Anwohner sagen. Im Bereich der Kindertagesstätte ist eine Anlieferzone vorgesehen. Wenn man will, ist das zu machen. Wenn man nicht will, gebe es immer Argumente, warum man wieder verzichten muss, um das Grün zu erhalten. So sehe er die Diskussion hier.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte bezüglich des kombinierten Rad- und Fußweges dar, ein Stück hin existiert er an der gleichen Bundesstraße und dort gibt es so wenig Fußgängerverkehr, weil die Leute, die die Kinder aus dem Kindergarten holen ins Auto steigen und weg fahren. Man werde weniger Probleme als an den Sieben Säulen haben, wo man alles als kombinierte Fläche macht. Dort garantiere er schon jetzt ein Chaos, weil es jetzt schon Chaos ist, obwohl die Fahrbahnen, Fuß- und Radwege abgegrenzt sind. Aber an der Stelle zu sagen, das geht nicht und man müsse den Radweg auf die Straße verschwenken, sei absolut unsinnig. Wir haben eine Ausschreibung, wir haben Mengen und würden an der Stelle nur Mengen reduzieren und das könne man mit dem Baubetrieb so verhandeln, dass er dadurch nicht noch mehr Kosten produzieren kann, weil er sich vorher zu den Mengen festgelegt hat.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, führte aus, ihm werde jetzt erst klar, welches Einsparvolumen es in der Stadtverwaltung noch gibt. Man sollte die Fachämter einsparen, denn man sei Profi, dass man das, was das Fachamt nun erklären konnte und in den zuständigen Ausschüssen beraten wurde, in Frage stellt. Das sei kein geeignetes Verfahren.

Eingehend auf die Thematik, den kombinierten Rad-/Gehweg in die Trasse zu bringen, wo jetzt der Gehweg verläuft, erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, der jetzige Zustand sei katastrophal. Gründe sind der Wurzeldruck und der schwache Unterbau. Es besteht ein Abstand der Bäume von den Häusern von 3,40 oder 3,50 m. Wenn ein kombinierter Rad-/Gehweg gebaut werden müsste, benötigt man eine Mindestbreite von 2,70 m. Das alte Pflaster müsste herausgenommen und der Unterbau erneuert werden. Damit wäre man fast vollständig in dem Wurzelbereich und es würde zu Schädigungen kommen. Das hat sich an anderer Stelle erwiesen, so dass die mit minderer Vitalität ausgestatteten Bäume wirklich geschädigt werden.

Zum angeführten Beispiel in der Hermann-Köhl-Straße merkte Herr Pfefferkorn an, es handelt sich um drei Bäume, welche auch im Plan eingezeichnet sind. Genau bei diesen Bäumen hat sich die Vitalität massiv in den letzten Jahren verschlechtert und ein Baum ist bereits zugrunde gegangen und wurde beräumt. Auch die verbliebenen zwei haben die Vitalitätsstufe 4.

Herr Pfefferkorn versicherte, dass alles versucht wurde, die Bäume zu retten und im Sinne des Grüns zu wirken. Wenn wir aber hier in der Bundesstraße die Flüssigkeit des Verkehrs herstellen und einigermaßen den Rad-/Gehweg führen wollen, besteht keine Chance, die Bäume zu erhalten oder haben in den nächsten Jahren den Schaden deutlich vor Augen. Dann wären aber Fördermittel o. a. Möglichkeiten nicht mehr da. Das waren die Aspekte, die zu dieser Planung führten.

Zur **Geschäftsordnung** meldete sich **Herr Dr. Plettner** mit dem Antrag auf Schluss der Debatte.

Es gab keine Wortmeldungen mehr, so dass **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, den geänderten Beschlussvorschlag (Einreicher streicht den Punkt 2.a) zur Abstimmung brachte.

Die Vorlage wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 13:20:03

7.16 Zusammenlegung der beiden Kinderfreizeiteinrichtungen Schülerfreizeitzentrum und Station Junger Techniker und Naturforscher (Haushaltskonsolidierungs-Nr. 4036)

Vorlage: DR/BV/184/2010/

Eine solche Beschlussvorlage sei ihm in den letzten Jahren nicht vorgelegt worden, merkte **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, an. Als Beispiel nannte er die sprachliche Ausdrucksform, dass der Jugendhilfeausschuss sich wiederholt mit der Vorlage befasst hat. Lediglich der erste Satz des Beschlussvorschlages sei präzise, was ihm jedoch zu wenig ist, einen Beschluss dazu zu fassen. Er frage deshalb, gibt es Untersuchungen zur Eignung der ehemaligen Schule hinsichtlich der Größe, Höhe, des Zuschnitts der Räume, wie hoch sind evtl. Umbaukosten, wie groß ist der entstehende Unterhaltungsbedarf, gibt es Vorstellungen für ein Betreibermodell, wie sieht es mit der Energieeffizienz aus usw.

Er teile die Bedenken von Herrn Tonndorf zu dieser Vorlage, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Ihm ist das Gebäude sehr gut bekannt und er weiß, was die Räumlichkeiten aufnehmen können. Ihm fehlen die Aussagen, was das Soziokulturelle Bürgerzentrum überhaupt aufnehmen soll, welche Einrichtungen der Stadt wollen wir dort hin verlagern oder plant man evtl. ein Vorhaben, bei dem man nach Realisierung feststellt, dass das Gebäude dies alles nicht fasst. Bei der derzeitigen Haushaltssituation fehlt ebenfalls ein Kostenansatz mit einem entsprechenden Finanzierungsvorschlag. Die Vorlage ist so inhaltsleer, dass sie nicht abstimmungsfähig ist.

Falls der Einreicher die Vorlage heute nicht zurückzieht und in einen Prüfauftrag umdefiniert, könne Herr Bönecke nur dagegen stimmen.

Herr Weber, CDU-Fraktion, schloss sich den Bedenken seiner Vorredner an, allerdings nicht zum Sachverhalt als solches. Der vorgeschlagene Standort und das Vorhaben sei s. E. durchaus denkbar. Ihn beunruhige vielmehr, dass von Seiten der Verwaltung eine ganze Reihe von Standorten mit betrachtet und in ein Gesamtkonzept hinein gebracht werden müssten. Er erinnere auch hier an den Beschluss zu STARK II. Wenn wir diesen Standort wollen, müsse auch gesagt werden, wo wir einsparen und andere Gebäude schließen. Das wäre eine Frage an den Beigeordneten Dr. Raschpichler, die er heute hier konsequent beantworten sollte.

In der letzten Stadtratssitzung war dies bereits Thema, erinnerte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke** und stellv. Stadtratsvorsitzender. Ausgangspunkt ist die beabsichtigte Zusammenlegung von zwei Einrichtungen - Schülerfreizeitzentrum und Station Junger Techniker. Im Haushaltskonsolidierungspaket sei die Rennstraße enthalten und wenn es länger hinausgeschoben wird, würden Fakten geschaffen - das zum Thema „berechenbar an Beschlüsse halten“. Es gebe eine Situation, die uns nicht handlungsfähig

gemacht hat, weshalb der Beschlussvorschlag ein Versuch in diese Richtung ist, eine Brücke zu bauen, um relativ schnell zu einer Lösung zu kommen, a) was die beiden genannten Einrichtungen betrifft und b) weil es im (beschließenden) Jugendhilfeausschuss eine Intention gab, dem in der Innenstadt scheinbar weg brechenden Angebot eine Chance zu geben, indem man bestehende Beschlüsse berücksichtigt. Das betrifft z. B. Törtener Straße: Verein Bürgerhilfe, Soziokulturelles Frauenzentrum; den Standort Schlossstrasse 4/5. Es gibt Einrichtungen, die demnächst nach einer anderen Räumlichkeit suchen, wo sie ihr Angebot aufrechterhalten können. Insofern ist also der vorgeschlagene Standort von der Kubatur her geeignet. Im Ausschuss wurde noch viel weiter diskutiert, was von der Aufnahmekapazität her noch vorstellbar ist. Es wäre die Alternative, städtebaulich und auch was jugendpolitische Angebote betrifft, hier Lösungen zu schaffen. Die fiskalischen Effekte treten schon dadurch ein, dass Beschlüsse zur Stadtentwicklung gefasst wurden, wo bestimmte Häuser tatsächlich eliminiert werden. Eine Alternative könnte die Heideschule sein, wenn man nach neuen Häusern sucht. In der Beschlussvorlage sei auch der Auftrag für das dann nötige Konzept enthalten.

Die Beschlussvorlage in der jetzt vorliegenden Form könne von der **SPD-Fraktion** auch nicht mitgetragen werden, merkte **Herr Eichelberg** an. Es werde darum nach den Ausführungen von Herrn Dr. Raschpichler ein **Änderungsantrag** eingebracht, den **Punkt 1** wie folgt zu ändern: „Die alte Heideschule wird als Standort eines Soziokulturellen Bürgerzentrums überprüft.“ Mit dem schon mehrfach geforderten Prüfauftrag könnte die Fraktion leben.

Der Prüfauftrag resultiere bereits aus dem ersten Satz, bestätigte **Dr. Raschpichler, Beigeordneter** für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur. Er sollte an die Spitze gestellt werden und dann das mit einbezogen werden, was schon Herr Hoffmann ansprach. Es gehe tatsächlich um mehrere Standorte, die entwickelt werden müssen. Die in der Vorlage genannten Standorte stehen mehr unter städtebaulichen Aspekten zur Disposition, nicht im Sinne der Vorhaltung von soziokulturellen Angeboten. Wenn es einen Standort gibt, der diese Gebäude, die nicht in das Zentrum passen, frei lenken würde, könne seinerseits durchaus die Empfehlung kommen, die Gebäude zu entfernen.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte aus, am 24.03.2010 habe der Stadtrat beschlossen, dass eine Entscheidung zur gemeinsamen Einrichtung - gemeint ist Schülerfreizeitzentrum kombiniert mit Station Junger Techniker - im Rahmen der Ergebnisse der Untersuchungen zu den Standorten Schülerfreizeitzentrum, Station Junger Techniker und Naturforscher, Heideschule, ehemalige Berufsbildende Schule am Schlossplatz und Törtener Straße getroffen wird. Die Diskussion läuft seit 2007. Im Rahmen des Beschlusses zur Sozialen Stadt ist die Heideschule im Gespräch. Nach dem Beschluss vom 24.03. wollen wir wieder verhandeln, das Bürgerzentrum in der Heideschule installieren und einen Prüfauftrag formulieren. Es gibt aber bereits einen Prüfauftrag.

Nunmehr stelle Frau Grabner ernsthaft die Frage an Dr. Raschpichler, wo die Ergebnisse dieser Prüfungen sind, auf die seit Monaten gewartet wird.

Es gibt wie zu vielen Punkten viele Beschlusslagen, aber nicht den benötigten Beschluss, um die Dinge nun endlich zusammen zu legen, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Er habe den Vorschlag so verstanden, dass die Absichtserklä-

rung nochmals beschlossen werden soll. Im alten Beschluss war der Fehler gemacht worden, die Zusammenlegung nicht zu beschließen. Sie war abgelehnt worden. Man hätte bereits seit einem Monat Einsparpotenzial gehabt. Man könne die Frage an Frau Nußbeck richten, welchen Handlungsspielraum man habe, jemals die Heideschule als soziokulturelles Zentrum zu bauen. Es könnten Konzepte erstellt werden, die Heideschule trage niemand weg, aber im Moment habe man die Möglichkeit nicht. Jetzt sollte das beschlossen werden, was dringend notwendig ist, um den Haushalt zu konsolidieren und die beiden Einrichtungen effektiv weiter zu betreiben.

Ergänzend zu den Anmerkungen von Herrn Otto bestätigte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, im Moment habe man ein Volumen, welches nicht abgeschätzt werden kann. Es würde Geld ausgegeben, um Konzepte zu erarbeiten, die dann nicht zur Umsetzung kommen. Dieses Geld fehlt im Verwaltungshaushalt. Er bat ausdrücklich darum festzuhalten, auch unter dem Gesichtspunkt des vorliegenden Änderungsantrages, dass die Finanzierung zur Erstellung des Konzeptes im Vorfeld im Hauptausschuss abgestimmt wird. Dem Änderungsantrag sollte also ein Punkt 5 angefügt werden: „Die Finanzierung ist im Vorfeld durch den Haupt- und Personalausschuss zu genehmigen.“

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler drückte seine Dankbarkeit gegenüber Frau Grabner aus, dass diese daran erinnert hatte, dass die Diskussion seit 2007 läuft. An Herrn Bönecke gewandt, bestätigte er, dass der Auftrag im Satz 2 des Änderungsantrages wahrgenommen und so verstanden wurde, dass dieses Konzept zunächst auch keine Kosten verursacht. Er hatte in seinem Dezernat bisher lediglich einmal 10 TEUR beansprucht für die Mithilfe bei einem Sportstättenkonzept. Genau dieser Prüfauftrag stoße natürlich an Grenzen. Frau Grabner wisse auch, dass im Jugendhilfeausschuss dargelegt wurde, welche Träger soziokultureller Leistungen zurzeit mit welchen Flächenangeboten z.B. im Schlossplatz und in der Törtener Straße untergebracht sind.

In der nächsten Phase wäre nun ohne Planung zu prüfen, wie viel passt nun zu welchen Kosten einschließlich Investition und dauerhafter Betriebskosten fiktiv u. a. in den Standort Heideschule. Die Stadt Dessau-Roßlau habe noch andere Möglichkeiten, ihr mangelt es nicht an Immobilienangeboten. Er könne nach zwei Jahren in Dessau-Roßlau annehmen, die Stadt belegt den Spitzenplatz deutschlandweit mit der Erarbeitung von Konzepten. Er möchte nun mithelfen, eine Entscheidung zu treffen, wo es gar keine andere Lösung gibt. Weder die Rennstraße ist bezugsfertig für das gemeinsame Schülerfreizeitzentrum plus Station Junger Techniker, noch eine Heideschule ist bezugsfertig. Er müsse fragen, wie lange man noch die Entscheidung blockieren will zu Lasten des Angebotes, unseres Haushaltes und zu Lasten der Mitarbeiter in diesen Einrichtungen. Diese wissen, getrennt an zwei Standorten, nicht mehr, wie sollen sie Angebote und Öffnungszeiten unter dieser Situation überhaupt noch darstellen. Man führe also eine Phantomdebatte: Es gibt keine Alternative, die sofort beide Einrichtungen aufnehmen kann.

Aus diesem Grunde werte er es als gut, nunmehr diesen Prüfauftrag zu definieren, er könne sich auch gern an der Heideschule festmachen, aber Herr Dr. Raschpichler bitte darum, dass man nun der Verwaltung die Möglichkeit gibt, das Haushaltskonsolidierungskonzept zu vollziehen. Dann könne man weitersehen, ob ein Standort Heideschule oder ein Standort Rennstraße eine Alternative sein kann.

Für die Rücknahme oder Modifizierung des Beschlussantrages habe er keine Legitimation, betonte **Herr Hoffmann**. Es sei nicht sein eigener Antrag, sondern ein Mehrheitsbeschluss des Jugendhilfeausschusses, den er hier stellvertretend unterzeichnet habe. Dem eingebrachten Änderungsantrag könne er aber durchaus zustimmen, da er auch den Prüfauftrag aus der letzten Ausschusssitzung und aus dem Beschluss des Stadtrates aktiviert. Er habe keine Erwartung, noch andere Alternativen zu finden, da die Heideschule schon ihren Charme hätte. Es werde jedoch eine Alternative benötigt. Im Ausschuss habe man versucht, aus einer festgefahrenen Situation einen Ausweg zu finden.

Es gibt eine gewisse Parallele zur Diskussion über das Waldbad, merkte **Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Auch da habe die Diskussion begonnen, als das „Kind schon im Brunnen lag“, weil eigentlich mit den Konsolidierungsbeschlüssen klar war, dass irgendwann einfach die Bademeister nicht mehr da sind. Dann benötigt die Verwaltung vom 31.12. bis Ende März, um festzustellen, dass der Badebetrieb nicht abgesichert ist. Hier erwarte er mehr vorsorgende Planung in der Verwaltung. Der Beschluss des Stadtrates vom 24. März 2010 im Punkt 5 lautete: „Über eine ggf. notwendig werdende Zwischenlösung und einen Arbeits- und Zeitplan befindet der Stadtrat nach Vorliegen weiterer Erkenntnisse.“ Um nun einen Arbeits- und Zeitplan zu machen und entsprechende Prüfaufträge des Stadtrates zu erledigen, benötigt man keine Planung. Geld für die Umsetzung ist in der Größenordnung da, weil Geld im Rahmen der Sozialen Stadt eingestellt ist für den Umbau der Rennstraße. Das mag evtl. nicht ausreichen, doch es gebe noch andere Projekte im Rahmen der Sozialen Stadt, wo Gelder für Bau- und Planungsleistungen da sind. Wenn man den Stadtrat ernst nehme, müsse man auch sagen, wo der Arbeits- und Zeitplan ist und ihn mit ausreichen.

Frau Grabner wiederholte ihre Nachfrage, was seit dem letzten Monat passiert ist, außer dass wieder im Jugendhilfeausschuss diskutiert wurde. Sie sei auch dafür, irgendwann ein Bürgerzentrum in der Heideschule zu implementieren.

Auf die Beiträge von Herrn Otto und Prof. Schmidt zurück kommend, betonte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, im Hinblick auf den Haushalt, den Vermögenshaushalt und das Investitionsprogramm könne sie klar sagen, man werde nicht einen Euro Investition Soziale Stadt darin finden. Es gibt Fördermittel, die auch für uns da sind, es gibt aber keine Untersetzung, wofür sie an welchem Standort ausgegeben werden sollen. Deshalb findet es sich auch nicht in diesem Haushalt wieder. Jedoch bedingen 6 Mio. EUR weniger Eigenmittel, dass man sich nur auf handfeste Maßnahmen einigen kann.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, merkte an, es wurde schon einmal grob kalkuliert, dass bei einem Umbau der Heideschule ein Minimum von 4 Mio. EUR benötigt wird.

Der seitens der SPD-Fraktion eingebrachte Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut wurde durch **Herrn Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner** verlesen:

1. Die „Alte Heideschule“ wird als Standort eines soziokulturellen Bürgerzentrums überprüft.
2. Die Verwaltung wird gemeinsam mit dem Quartiersmanagement „Soziale Stadt“ unter der Berücksichtigung der Träger vorhandener sozialer Angebote an den

Standorten Schlossplatz und Törtener Straße beauftragt, ohne Kosten durch die Beauftragung Dritter ein Konzept zu erarbeiten.

3. Das Konzept wird in den zuständigen Fachausschüssen auf Machbarkeit überprüft.

Punkt 2 der ursprünglichen Vorlage wird Punkt 4 und bleibt unverändert im Text:

4. Bis zu dieser Entscheidung wird die gemeinsame Kinderfreizeiteinrichtung am Standort Schaftrift weitergeführt.

Die Vorlage wurde in der geänderten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 20:16:01

10. Schließung der Sitzung

Es wurde Öffentlichkeit hergestellt und die Sitzung beendet.

Dessau-Roßlau, 24.06.10

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin